

**RAUM ANEIGNEN** Der Kampf auf der Strasse und seine Bedeutung **8**

**PORNOGRAFIE 2** Sexualität und Kapitalismus **11**

**GRÜNLIBERALE** Politische Frühlingsmode des Bürgertums **12**

**GRIECHENLAND** Imperialistische Krisenpolitik **14**

## Würden Sie diesem Herren Ihren Streik anvertrauen ?



## Gewerkschaft ohne Rückgrat

## POLITISCHE GEFANGENE

## Freiheit für Avni!

Razzien, Haft und 129b1 Prozesse vorwiegend in Frankreich und Deutschland stehen auf der Tagesordnung der europäischen präventiven Konterrevolution gegen türkisch-kurdische Linke. Akut bedroht ist zur Zeit Avni, ein türkischer politischer Gefangener in Italien. Ihm droht die Auslieferung an den Folterstaat Türkei, und damit Folter und Misshandlung.

Derzeit befindet sich Avni in Haft in einem Abschiebungslager (CIE) der Stadt Bari. Da Avnis Antrag auf Asyl und Anerkennung von internationalem Schutz, also sein Flüchtlingsstatus, abgelehnt wurde, klagen seine Anwälte gegen die Ablehnung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte die italienischen Behörden bereits dazu verurteilt, Avni sein Recht auf Auslieferungsschutz zu gewährleisten, bis eine erstinstanzliche Entscheidung über seinen Antrag auf Asyl und Anerkennung von internationalem Schutz vorliegt. Seine Anwälte beantragen den Schutz bis zur Berufungsverhandlung zu erweitern. Jedoch könnten die Italienischen Behörden Avni ausliefern, bevor sich die Gerichte überhaupt mit seiner Berufung befasst haben. Avni verliess die Türkei im Alter von 11 Jahren und ist seitdem nicht mehr in die Türkei zurückgekehrt.

## Europa verstärkt Angriffe gegen DHKP C

Seiner Verhaftung am 1.4.2004 ging eine international angelegte Polizeioperation gegen die DHKP C voraus, bei der allein in der Türkei Dutzende demokratische Vereine gestürmt, über 100 MenschenrechtsaktivistInnen festgenommen und 87 anschließend verhaftet wurden.

In Belgien wurde vor kurzem einem Genossen in diesem Zusammenhang der Prozess gemacht. Avni wurde im Dezember 2006 im italienischen Perugia wegen Mitgliedschaft in der revolutionären Bewegung DHKP-C verurteilt: Sieben Jahre mit anschließender Ausweisung aus Italien.

Im April 2007 forderte die Türkei Avnis Auslieferung im Zusammenhang mit vermeintlicher Mitgliedschaft in der DHKP-C. Die Italienischen Behörden lehnten dieses Ersuchen ab, da dies zweimal dieselbe Verurteilung bedeutete. Jedoch laufen in der Türkei die Verfahren weiter. Dies bedeutet, dass er wahrscheinlich bei der Ankunft in der Türkei verhaftet wird.

## NATO als Verbündete der europäischen Repression

Vergessen wir nicht, dass die Türkei ein wichtiger Partner für das expansive Nato-Bündnis ist. Noch während des langen Hungerstreik gegen die Folter von 2000-2007 Jahren mit über 120 toten Gefangenen in diversen anatolischen Knästen, verlangte die Türkei von den seinen Verbündeten, das Verbot der Öffentlichkeitsarbeit in Europa. Die Folge waren die Razzien und Festnahmen 2004 in diversen Ländern Europas. Zusätzlich verlangt die Türkei die Auslieferung von zirka 300 kurdischen und türkischen AktivistInnen.



## Editorial

In den vergangenen Jahren ist die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus offen zutage getreten, weltweit gingen Finanzunternehmen, Banken, ja sogar ganze Staaten Bankrott.

Im Verlaufe der Krise rollten einige Köpfe in Konzernen und Banken, ansonsten veränderte sich allerdings kaum etwas in den Chefetagen der Finanz- und Wirtschaftswelt.

Anders sieht es allerdings in den Fabriken, in den Büros der einfachen Angestellten oder auf der Baustelle aus. Hier nimmt die Krise konkrete Formen wie Fabrikschliessungen, Lohnabbau und Entlassungen an. Nicht alle nehmen das stillschweigend hin, weshalb sich in Zeiten der Krise auch der Widerstand gegen dieses System mehrt, über einige dieser Kämpfe möchten wir in der vorliegenden Zeitung berichten.

So standen beispielsweise die ArbeiterInnen in einer Zigarettenfabrik in der Türkei kurz vor dem aus, da die Fabrik geschlossen werden sollte. Die Belegschaft entschied sich, um den Erhalt der Fabrik zu kämpfen.

Beim basler Chemiekonzern Clariant sieht es ähnlich aus. Weltweit sollen Stellen abgebaut werden, das Werk in Mutenz soll sogar ganz geschlossen werden, 400 Arbeitsplätze gestrichen. Dagegen hat sich Widerstand formiert. Mit diversen Protestaktionen- und Kundgebungen wehrt sich die Belegschaft gegen die Werkschliessung, an anderen Standorten, so im Elsässischen Hüningen, kam es auch schon zu Streiks, was weiter geschehen wird, bleibt abzuwarten.

Ob Organisatorin des Widerstandes oder Erhalterin des Arbeitsfriedens, Gewerkschaften spielen immer eine wichtige Rolle, wenn um Arbeitsplätze gekämpft wird. Wir richten in unserem Schwerpunkt auf Seiten 6 und 7 das Augenmerk auf die Rolle der Gewerkschaften in Arbeitskämpfen wie jenem bei Clariant.

In einem Bericht über die baskische Gewerkschaft LNA stellen wir eine Gewerkschaft vor, die Gewerkschaftspolitik anders betreibt, als wir es von einer UNIA gewohnt sind, die versucht, den Widerstand von unten zu organisieren anstelle ihn von der Gewerkschaftsführung aus zu lenken. Sowohl im Schwerpunkt, als auch in anderen Artikeln diskutieren wir dieses Thema.

Es geht in der vorliegenden Zeitung aber nicht nur um Arbeitskämpfe, politische Widerstandsbewegungen, Frauenkämpfe oder politische Gefangene sind ebenfalls Themen, Kämpfe, die zwar im Alltag oft getrennt voneinander ablaufen, hier aber vereint werden, so wie das am 1. Mai auf der Strasse ebenfalls der Fall ist.

## Aufbau Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

## BASEL

Bläsiring 86  
Donnerstags von 18 bis 20 Uhr  
E-Mail: basel@aufbau.org

## ZÜRICH

Kanonengasse 35  
(im Hinterhaus, Eisentreppe)  
Samstags von 11 bis 16 Uhr

## ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

## Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel  
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr

## Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern

Das Lokal, Mitte Zaanweg in Bern  
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr

## Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich  
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)  
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

## IMPRESSUM

## Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel  
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus  
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.ch

## Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkbb), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Arbeitsgruppe Winterthur (agw), Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Arbeitsgruppe Jugend (agj), Kulturredaktion (kur), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk)

## Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

## Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

# Afghanistan – Eine gescheiterte Offensive

**IMPERIALISMUS Obamas Frühjahrsoffensive gegen die Taliban in Afghanistan und Pakistan verspricht langfristig wenig Erfolg. Präsident Karzai sieht sich von den USA fallen gelassen und droht unverhohlen.**

(rabs) Den Irak haben die USA und ihre Verbündeten als Trümmerhaufen zurück gelassen. Die vermeintlich heilbringenden Wahlen haben das Land noch tiefer ins Chaos gestürzt. Es bleibt abzuwarten, ob sich der von massiven Bombenanschlägen begleitete Machtkampf zwischen der sunnitischen und der schiitischen Bourgeoisie zu einem Bürgerkrieg entwickelt.

Noch verheerender präsentiert sich die Lage in Afghanistan. Das Land ist wie eh und je in Einflussphären der verschiedenen Warlords und Stammesführer aufgeteilt. Zumeist brutale Kriegsverbrecher und Despoten, die sich längst wieder von den imperialistischen Mächten abgewandt haben. Mit einer geschickten Bündnispolitik und erfolgreicher Guerilla-Kriegsführung haben es im Gegenzug die Taliban verstanden, ihren Einflussbereich massiv auszuweiten.

## Obamas Lügen und Halbwahrheiten

Für Präsident Obama ist es ein erklärtes Ziel, Afghanistan unter die Kontrolle der von den USA geführten imperialistischen Mächte zu bringen. Seine diesbezüglichen Statements schwanken zwischen Halbwahrheiten und Lügen. So erklärte er Ende März anlässlich seines Afghanistan-Blitzbesuches: «Wir haben diesen Krieg nicht gewählt. Wir wollten unseren Einfluss nicht ausdehnen oder uns in ausländische Angelegenheiten einmischen. Wir wurden am 11. September 2001 angegriffen.» Letzteres ist zwar richtig, nur stand hinter diesem Angriff die Al Quaida und nicht die Taliban, welche bis auf den heutigen Tag keinerlei Terrorakte ausserhalb ihres Landes begangen haben. Das entspricht nicht ihrer Strategie. Eine Tatsache, die den USA durchaus bekannt war. Entgegen den Beteuerungen Obamas ging es also wohl doch um die Ausdehnung des Einflussbereiches des US-Imperialismus. Ob die USA diesen «Job erledigen» werden, wie sich Obama salopp ausdrückt, steht auf einem anderen Blatt. Der einzige Verbündete im Land ist der korrupte Präsident Karzai, dessen Einfluss sich bestenfalls auf Kabul beschränkt. Das Vertrauen der USA in diesen lokalen Gangster ist denn auch sehr gering. Gerade eine halbe Stunde vor der Landung der Präsidentenmaschine wurde er über den anstehenden Besuch des US-Präsidenten informiert. Und nach seiner Landung tadelte Obama seinen Vasallen in aller Öffentlichkeit für die Korruption in seinen Reihen.

## Karzais Drohgebärden

Die Retourkutsche kam postwendend. Nur einen Tag nach dem Tod von drei deutschen Bundeswehrsol-



Der ungetreue Lakai droht seinem Herrn

daten erklärte Karzai an einem Treffen von Stammesführern, die weitere Offensive gegen die Taliban könne nur mit der Zustimmung der Bevölkerung geführt werden. Im Laufe der Debatte drohte er gar damit, sich selber den Taliban anzuschliessen. Es sei dahingestellt, ob der ehemalige UN-Gesandte in Kabul, Peter Galbraith, mit seiner Vermutung richtig liegt, Karzai habe zu tief an der Opiumpfeife gezogen. Zumindest am Stoff mangelt es ihm nicht, bekanntlich ist sein Bruder einer der mächtigsten afghanischen Drogenbosse. Präsident Karzai ist zwar unbestritten eine machtlose Marionette, dennoch wäre ein offener Bruch mit Washington eine weitere Niederlage im ohnehin glücklosen Krieg gegen das afghanische Volk.

## Die Sommeroffensive steht vor der Tür

Mit der im Februar begonnenen Muscharak-Offensive versuchten die von den USA geführten ISAF-Truppen mit rund 15'000 Soldaten die Taliban aus der im Süden Afghanistans gelegenen Provinz Helmand zu vertreiben. Gleichzeitig intensiviert US-Präsident Obama den vor allem mit Bombenangriffen geführten Krieg gegen die an Helmand angrenzenden nördlichen Grenzgebiete Pakistans. Unter Obama hat sich der Krieg gegen Afghanistan auch auf Pakistan ausgeweitet und das Kriegsgebiet wird offiziell AfPak-Zone genannt. Die Taliban haben aber den Krieg mittlerweile auch im bislang eher ruhigen Nordafghanistan intensiviert, wo die deutschen Truppen stationiert sind. Alles spricht

dafür, dass auch die nun geplante Sommeroffensive der imperialistischen Mächte zum Scheitern verurteilt ist. Richtige Freude über die sich abzeichnende Niederlage der Aggressoren kann aber nicht aufkommen. Angesichts des Fehlens schlagkräftiger kommunistischer Kräfte kann das afghanische Volk zwischen der Fremdherrschaft und den mit Warlords verbündeten Taliban wählen. Keine rosigen Aussichten also.

## Pakistan sabotiert die Friedensgespräche

Die Spatzen pfeifen es von Karatschis Dächern: Mit den Verhaftungen einiger gesprächsbereiter Talibanführer versucht der berüchtigte pakistanische Geheimdienst ISI seinen Einfluss auf die Entwicklung in Afghanistan zu wahren. Ausgerechnet zum Zeitpunkt, als Mullah Abdul Ghani Baradar Gespräche mit Kabuls Präsident Karzai aufnahm, schlugen Pakistans Militärs zu und verhafteten den Kopf der gesprächsbereiten Taliban-Fraktion. Eine Einigung der Taliban mit dem Regime in Kabul kam den pakistanischen Militärs offensichtlich höchst ungelegen. Der Beifall aus den USA an die Adresse Pakistans brachten den ohnehin verärgerten Karzai vollends in Rage.

# Keine Rede von einer Eiszeit

**PALÄSTINA Die Empörung über die Ankündigung vom Bau weiterer 1600 Siedlungen in Ostjerusalem anlässlich des Besuchs von US Vizepräsident Biden in Israel löste kaum mehr als einen Sturm im Wasserglas aus. Nach wie vor ist Israel der verlässliche Pitbull Washingtons. Das erklärt, warum israelische Regierungen unbehelligt Kriegsverbrechen begehen können.**

(az) US-Vizepräsident Joseph Biden weilte gerade auf einer Goodwill-Tour in Jerusalem, als die Bombe, die keine war, platzte. Der Bau von immer mehr Siedlungen im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem gehört seit Jahrzehnten zum courant normal. Keine Friedensinitiative hat in all den Jahren seit dem Sechstage-Krieg die emsige Bautätigkeit stoppen können. Im Gegenteil. Je hoffnungsvoller sich eine Initiative verkaufte, je mehr wurde gebaut. Die Ankündigung vom Bau weiterer 1600 Wohnungen in Ostjerusalem war also keine besondere Überraschung und schon gar keine Bombe. Für Empörung sorgte bei der US-Regierung und ihren Alliierten vielmehr der gewählte Zeitpunkt. Just in dem Moment, wo alle Augen auf die Friedensinitiative des Nobel-Preisträgers Barack Obama gerichtet waren, mit einer simplen Mitteilung die Substanzlosigkeit eben dieser Initiative aufzuzeigen, war dreist. Es kam zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Israel und den USA. Biden liess anlässlich eines Galadin-

ners im Hause Netanjahu geschlagene zwei Stunden auf sich warten. Obama kritisierte die israelische Regierung in ungewöhnlich scharfen Worten, empfing den israelischen Premier aber im Weissen Haus. US-Aussenministerin Hillary Clinton betonte zur gleichen Zeit an der Konferenz des American Israel Public Affairs Committee (Aipac), der einflussreichsten Pro-Israel-Lobby des Landes, das enge Einvernehmen beider Regierungen in allen wichtigen Fragen wie beispielsweise der Verhinderung des iranischen Atomprogramms. Seither ist wieder Ruhe eingekehrt.

Das kann nicht wirklich erstaunen. Clinton gilt wie der Stabschef für das Weisse Haus, Rahm Emmanuel, als ausgesprochen proisraelisch. Bei ihrem Amtsantritt hob sie die Sicherheitsgarantien der USA für den Staat Israel hervor und lehnte gleichzeitig jegliche Verhandlung mit der demokratisch gewählten Hamas-Regierung ab. Obama hat sich mit Leuten umgeben, die eine klare Vorstellung davon haben, wo ihre verlässlichen Verbündeten und Partner sind: In Israel, das nach wie vor jährlich mehrere Milliarden Dollar Militärhilfe aus den USA erhält. Nichts könnte das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Ländern besser illustrieren. Wer zahlt, befiehlt. Und wer zahlt, weiss auch, warum er dies tut. Die Atommacht Israel vertritt die imperialistischen Interessen der US-Aussenpolitik in der Region und ist, wie Mumia Abu Jamal kürzlich in der «Jungen Welt» schrieb, der Pitbull Washingtons.

## Die Kriegstreiber

Das erklärt, warum die Regierungen in Washington und den europäischen Metropolen Israel einen per-

manenten Ausnahmezustand zugestehen, in welchem in den besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza seit Jahrzehnten die völkerrechtlichen Schutzmechanismen grösstenteils ausser Kraft gesetzt sind. Der israelische Staat kann sich eine Politik leisten, für die andere Staaten von der so genannten Staatengemeinschaft schon längst in die Schranken verwiesen worden wären. Solange Israel für die USA und auch die EU im Nahen Osten der einzige verlässliche Partner ist, wird weder aus der EU noch aus den USA im Friedensprozess eine substantielle Unterstützung für das palästinensische Volk zu erwarten sein. Das dürfte noch für längere Zeit so sein. Nach wie vor sind die imperialistischen Interessen im Irak und in Afghanistan, aber auch rund um den Iran alles andere gesichert, ganz im Gegenteil. Die US-, EU- und israelische Regierungen verstehen es bemerkenswert gut, das Stigma von Kriegstreibern in der ganzen Region von sich abzustreifen und dieses den «Bösen» anzulasten, allen voran dem Iran. Dazu dienen die vom Iran bestrittenen, aber durchaus möglichen Bemühungen um eine nukleare Aufrüstung. Dass Israel, einzelne EU-Staaten und die USA bis zu den Zähnen atomar aus- und aufgerüstet sind, geht in diesen Debatten leicht vergessen. Die Gefahr eines weiteren Krieges, dieses Mal gegen den Iran, ist seit Jahren immanent und hat nicht abgenommen. Wenn es zu einem Krieg kommt, dürfte Israel in diesem stellvertretend für ihre Bündnispartner eine zentrale Rolle inne haben. Da spielen doch einige Siedlungen mehr oder weniger keine Rolle!

# Volkskrieg und Kampf in den indischen Städten

**URBAN PERSPECTIVE** Im ländlichen Indien entwickelt sich eine der weltweit grössten revolutionären Bewegungen mittels maoistischem Konzept. Die zunehmende Arbeiter/innenklasse in den Städten nimmt die CPI(Maoist) zum Anlass, nun ebenfalls einen umfassenden strategischen Plan für die Städte zu entwickeln.

(agkk) Die Urwälder Indiens sind schon seit Tausenden von Jahren bewohnt von verschiedensten kleineren und grösseren Bevölkerungsgruppen, die dort im Einklang mit der Natur lebten. Manche von ihnen leben noch heute dort, führen denselben Lebensstil wie ihre Vorfahren, doch im Indien um sie herum hat sich seit damals einiges getan.

Mitte des 18. Jahrhunderts begann die britische Ostindien-Kompanie Indien zu kolonialisieren, die Grundsteine für die heutigen Grossstädte wurden gelegt. 1947 erlangte Indien die politische Unabhängigkeit

irritiert. Wie üblich rufen sie die rechten bewaffneten Milizen zur Unterstützung. Doch diesmal bleibt die Hilfe aus, die Bürgerwehr ist in einem Hinterhalt der Volksguerilla-Befreiungsarmee aufgerieben worden.

Eine erfundene Geschichte, doch ein politisches Szenario, das bald indische Realität werden kann. Allerdings nicht von heute auf morgen, sondern als Resultat eines langfristigen Prozesses. Auch Schweizer Konzerne, die in Indien ihre trüben Geschäfte tätigen, werden davon betroffen sein. Die oben beschriebenen ökonomisch und sozial veränderten Bedingungen, drängen die Maoist/innen dazu, die Perspektiven des Volkskrieges in den industriellen Zentren Indiens zu studieren und eine adäquate Strategie dazu vorzulegen.

Die indischen MaoistInnen verfügen mit dem Konzept des langandauernden Volkskrieges über eine vielfach erfolgreich erprobte Grundstrategie, die von den chinesischen KommunistInnen erstmals 1926–1949 erfolgreich angewandt wurde. MaoTse-tung hat diese Erfahrungen theoretisch verallgemeinert. Entstanden ist ein strategischer Vorschlag zur revolutionären Veränderung von Länder mit kolonialen/halbkolonialen und



Frauendemo an einem 8. März

langandauernden Volkskrieges an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Das Fehlen dieses Ansatzes in der Vergangenheit war der Grund für die meisten Niederlagen der CPI(Maoist) auf städtischem Territorium.

Die indischen MaoistInnen verfügen seit dem Aufstand in Naxalbari 1970 über reichhaltige Erfahrungen im Kampf in den Städten. In verschiedenen Grossmetropolen wie Durgapur, Coimbatore, Jamshedpur, Dhanbad und vor allem in der zur damaligen Zeit grössten Stadt Indiens, in Kolkatta, verfügte die Partei über beträchtlichen Einfluss und Bedeutung. Die Konzentration auf den Kampf der Stadtguerilla und ein reduziertes Verständnis der Massenmobilisierung führte zu einem kontinuierlichen Verlust des Einflusses in den Städten. 1973, 1978 und 1995 gab es Versuche, neue Richtlinien für die urbane politische Arbeit zu entwickeln. Insbesondere das Dokument von 1973 spielte für die neue Richtung der Partearbeit eine wichtige Rolle, doch es war kein umfassendes Papier zur urbanen Arbeit mit strategischen Perspektiven. Zwar hat der Volkskrieg in den ländlichen Gebieten nach wie vor erste Priorität, doch wird die fehlende strategische Konzentration betreffend der urbanen Bewegung im vorliegenden Dokument «CPI(Maoist) Urban Perspective»<sup>1</sup> korrigiert.

## Die Perspektive des Volkskrieges in den Städten

Das Dokument gibt einen aussergewöhnlich tiefen Einblick in die Richtlinien zur politischen Arbeit in den städtischen Zentren. Ausgehend von einer Analyse der gesellschaftlichen Situation, insbesondere der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in den Metropolen und ihren Slums, entwickelten die MaoistInnen sehr differenzierte politische und organisatorische Antworten. Dem Aufbau der klandestinen Parteioorganisation innerhalb der Arbeiter/innenschaft wird zur Mobilisierung der städtischen Massen eine Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsmöglichkeiten zur Seite gestellt: Klandestine und offene Massenorganisationen, Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften, themenbezogene und permanente Aktionseinheiten usw. Nicht nur die ArbeiterInnen sollen angesprochen und organisiert werden, sondern auch die anderen urbanen ausgebeuteten Klassen.

Zentral ist auch die Antizipation der Konterrevolution auf allen Ebenen. Gerade die Vernachlässigung dieses Aspektes hatte in der Vergangenheit zu grossen Verlusten geführt. So werden die politischen Richtlinien mit militärischen Aufgaben koordiniert. Dies reicht vom Selbstschutz der Massenorganisationen, zur logistischen Unterstützung der Guerilla-Volksarmee, bis zu eigenständigen Aktionen einer Stadtguerilla. Differenziert wie die Lage ist, so differenziert soll die revolutionäre Strategie und Taktik sein. Entsprechend dem langandauernden Volkskrieg ist der Kampf der urbanen revolutionären Bewegung nachhaltig und langfristig. Die Integration des städtischen Kampfes in den Volkskrieg ist eine gewaltige Aufgabe und wird für den Kampf der MaoistInnen in Indien entscheidend werden.

<sup>1</sup> Dokument auf: [www.bannedthought.net/India/CPI-Maoist-Docs/UrbanPerspective.pdf](http://www.bannedthought.net/India/CPI-Maoist-Docs/UrbanPerspective.pdf) (kann auch bei uns in deutscher Übersetzung bezogen werden)



Eine von der Partei organisierte Demonstration zur Unterstützung eines Streiks

von Grossbritannien. Heute herrscht ein wirtschaftlicher Aufschwung, das Wirtschaftswachstum Indiens beträgt noch immer um die 7% jährlich. Die Metropolen werden rasant grösser, insbesondere der Dienstleistungssektor boomt, während die Landwirtschaft an Bedeutung verliert. Indiens Grossstädte sind also hochmodern, Software und Kommunikationsindustrien blühen, der indische Staat hat sogar Pläne, in die Raumfahrt einzusteigen.

## Die Schattenseite

Dies alles sind Zahlen, die häufig in den Medien genannt werden, die Schattenseiten dieser Entwicklung wird dabei meistens vernachlässigt. 44% der ca. 1.2 Milliarden EinwohnerInnen Indiens müssen täglich mit weniger als einem US-Dollar überleben, 80% der Bevölkerung Indiens lebt in Armut und hat nicht genug zu essen. Die Entwicklung von Riesenstädten in Indien hat daran einen wesentlichen Anteil, die Landwirtschaft hat stark an Bedeutung verloren. Das hat dazu geführt, dass viele Bauern nicht mehr genug verdienen, um auf dem Land überleben zu können, deshalb ziehen sie in die Städte. Dort herrscht eine derart hohe Arbeitslosigkeit, dass die Meisten von ihnen in Elendsvierteln und Slums enden. Diese ausgedehnten Armutsviertel, die zum Teil mehr als eine Million Menschen umfassen, bieten kaum eine Verbesserung zum Landleben. Kriminalität, ethnische, religiöse oder nationalistisch bedingte Übergriffe oder Repression durch die Behörden, die ein sauberes Stadtbild erhalten wollen, sind an der Tagesordnung, die Ghettoisierung nimmt stetig zu.

Die elenden Lebens- und Arbeitsverhältnisse eines grossen Teils der Menschen haben auch in den Städten breiten und organisierten Widerstand ausgelöst. Die veränderten Bedingungen haben eine äusserst differenzierte Klassensituation geschaffen, auf die für eine revolutionäre Entwicklung eine konkrete Antwort gesucht werden muss.

## Kampf in der Stadt

Der Stein trifft den Streikbrecher am Kopf. Er sinkt in die Knie, seine Kumpanen sind einen Moment lang

feudalen/halbfeudalen Gesellschaften im Trikont. Den jeweiligen spezifischen Verhältnissen angepasst, wurde dieses Konzept in zahlreichen revolutionären Kriegen angewandt, erfolgreich wie in Vietnam, Angola, Guinea Bissau und weniger erfolgreich in Malaysia, Thailand, Peru etc.

Der langandauernde Volkskrieg besteht aus der Analyse der Gesellschaft, aus einem revolutionären Programm und einer politisch-militärischen Strategie, die sich aus Guerillakrieg, Bewegungskrieg und Stellungskrieg zusammensetzt. Strategisches Ziel ist der Aufbau von Stützpunktgebieten, die sich in einem langandauernden Kampf immer weiter ausdehnen und schliesslich die metropoliten Zentren umzingeln.

Die CPI(Maoist) geht in Indien von einer dynamischen Klassensituation aus. Der Übergang des Feudalismus/Halbfeudalismus zum Kapitalismus hat einen doppelseitigen Charakter der Revolution: einerseits antiimperialistisch und antifeudal, andererseits auch den Kampf in den ruralen wie urbanen Gebieten. Mittlerweile leben 28,7% der Bevölkerung in den Metropolen, in denen 60% des BIP erarbeitet wird.

## Die urbane revolutionäre Bewegung

Der Kampf in den urbanen Zentren des Trikonts hatte entsprechend den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen schon immer eine wichtige Rolle im revolutionären Prozess. Doch während in der Vergangenheit die uruguayische MLN Tupamaros von einem Stadtguerilla-Konzept ausgingen, die brasilianische ALN Marighellas die Stadtguerilla als Ausgangspunkt für den Kampf in den ländlichen Gebieten konzipierte und die argentinische PRT/ERP Guerilla im ländlichen Tucuman und Stadtguerilla kombinierte, erweiterte die CPI(Maoist) den langandauernden Volkskrieg um ein umfassendes Konzept für den Kampf in den urbanen Zentren. Zwar gibt es Erfahrungen des langandauernden Volkskrieges mit dem Kampf in den Städten, wie sie beispielsweise die PCP in Lima/Peru gemacht hat, doch das Einzigartige des vorliegenden Dokuments der CPI(Maoist) ist sein strategischer Ansatz. Es ist eine eigentliche Ergänzung, bzw. Anpassung, des klassischen

## Stop «Green Hunt»

Seit Ende 2009 findet die «Operation Green Hunt» statt, ein Krieg, der von der indischen Regierung gegen die maoistischen RevolutionärInnen und die Adivasi-Völker entfesselt wird. Dieser Krieg muss gestoppt werden! Bereits haben sich breite Kreise in Indien und auch International gegen die Militäroffensive mobilisiert. Eine Website informiert über internationale Aktionstage, wo wir unseren Protest vor die indischen Botschaften und Konsulate tragen können. Solidarisieren wir uns mit der revolutionären indischen Bewegung, beteiligen wir uns an der internationalen Kampagne!

Informationen auf:  
<http://www.icawpi.org/index.php>

# Eine Frage der Betrachtung

**RIETER Die Bosse des Winterthurer Rieter-Konzerns sind angesichts des Jahresergebnis 2009 zuversichtlich, dass es mit dem Konzern und ihrem Profit wieder aufwärts geht und Rieter 2010 den «Turnaround» schaffen kann. Dafür bezahlen werden weiterhin die ArbeiterInnen.**

(raw) Dass sich die Geschäftsleitung eines Unternehmens vom Aufruf zu Kampfmassnahmen der ArbeiterInnen distanziert, ist an und für sich nichts neues oder erstaunliches. Trotzdem hielten es die Rieter-Bosse und die Personalvertretung Mitte Februar für nötig, einen Aushang in der Textilmaschinenfabrik in Winterthur-Töss zu publizieren, der sich von den «Streikaufrufen und Agitationen des Solidaritätskomitees» distanzierte. «Fragen und Probleme» würden auch in Zukunft von Geschäftsleitung und Personalvertretung behandelt, «wie im Gesamtarbeitsvertrag vorgesehen».

Dass diese Art der «einvernehmlichen» Problemlösung für die ArbeiterInnen nichts Gutes verheissen kann, machten bereits die bisherigen Antworten des Rieter-Managements auf die bisher grösste Krise des Unternehmens in den letzten eineinhalb Jahren deutlich. Obwohl in Europa in allen Werken des Konzerns flächendeckend Kurzarbeit eingeführt worden war – stets mit der Begründung, dass dadurch Stellen gerettet würden – entliess die Rieter weltweit rund 3000 Festangestellte und 1000 temporär Arbeitende. Um weitere Kosten zu senken, forderte sie einen Teil ihrer Angestellten zudem im August 2009 zu einem «freiwilligen» Lohnverzicht von 10% auf (siehe aufbau 58). Die Entlassungen und der faktische (obwohl befristete)

te) Lohnabbau sind denn auch mit ein Grund, weshalb die Rieter-Konzernleitung in ihrem Geschäftsbericht über das Jahr 2009 ein vermeintlich rosigeres Ergebnis als 2008 präsentieren kann. Die Nachricht, 2009 sei ein «Härtetest» bestanden worden, mutet allerdings bereits dann etwas seltsam an, wenn die Umsatz- und Verlustzahlen gelesen werden. Zwar konnte Rieter den Konzernverlust von 400 Millionen im Jahr 2008 auf gut 200 Millionen verringern, allerdings trugen 2008 mehr als 200 Millionen (vorgezogene) «Restrukturierungskosten» und knapp 100 Millionen Abschreibungen zum Verlust bei, wogegen 2009 ausschliesslich der Geschäftsgang für den Verlust verantwortlich war.

## Ist das Glas halb voll...

Mit dem Rückgang des Bestellungseingangs in den beiden Divisionen Textilmaschinenbau und Automobilzulieferung und dem Einbrechen des Umsatzes wurden denn auch meist die «Anpassungen» in der Produktion begründet. Was im Jahresbericht flott formuliert Wahrnehmung «einer Vielzahl von Möglichkeiten zur kurzfristigen Kostensenkung» heisst, bedeutete unter anderem für tausende ArbeiterInnen weltweit die Entlassung. Das schon anfangs der Krise definierte Ziel des Managements, die Produktionskapazitäten in den «Wachstumsmärkten» Indien und China weiter auszubauen und dafür in den Metropolenländern abzubauen, wurde fleissig umgesetzt. So hat die Rieter nicht nur ArbeiterInnen entlassen, sondern auch Arbeitsplätze in Indien und China geschaffen.

Wenig erstaunlich natürlich in einer Phase des Kapitalismus, in der Gewinne nur noch auf Kosten anderer Kapitalisten (wie z.B. an den Finanzmärkten) oder durch die verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse gemacht werden können. Aus der Strategie, dass

die wegen höherer Ausbeutungsraten profitable Verlagerung der Produktion in «Niedriglohnländer» weitergehen soll, wird schon seit langem kein Geheimnis mehr gemacht. Für die Bonzen ist die Hauptsache, dass ihr Glas durch das Ausspielen der Standorte und die verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnen bereits wieder halb voll ist.

## ... oder halb leer?

Innerhalb einer kapitalistischen Logik ist der Schluss, Produktionseinheiten in Niedriglohnländer abziehen auch durchaus verständlich, zumal gerade im Fall Rieter Indien und China mittlerweile Hauptabnehmer für ihre Produkte sind. In Zeiten von Just-in-time-Produktion, hohen Importzöllen und riesigem Konkurrenzdruck gerade in der Textil- und Automobilzulieferungsbranche werden die Personalkosten und die Vertretung in den Hauptabnahmeländern umso wichtiger. Den Preis für den Profit der Bosse werden wie bisher die Entlassenen in den Metropolenländern und die ArbeiterInnen in Indien und China, die unter noch mieseren Bedingungen arbeiten müssen, bezahlen. Das Glas der ArbeiterInnen der Rieter hier und international wird deshalb auch in Zukunft halb oder ganz leer bleiben. Denn wenn der Inhalt dieses Glases weiterhin eine Produktionsweise nach Interessen des Profits bleibt, wird es auch weiterhin eine Frage der Betrachtung bleiben, ob es halb voll oder halb leer ist. Das gemeinsame Interesse am Inhalt und dem Pegelstand werden also auch weiterhin nicht die Rieter-ArbeiterInnen und ihr Management haben, sondern die Rieter-ArbeiterInnen der verschiedenen Standorte. Dann kann es allerdings auch nicht darum gehen, das Glas neu zu füllen, sondern es umzukippen.

## «Wovon soll ich erzählen?»

**TÜRKEI Nach dem Verkauf der ehemaligen staatlichen Tabak- und Alkohol-Firma TEKEL greifen 12 000 ArbeiterInnen im Dezember 2009 zum Kampfmittel Streik. Aus dem ganzen Land reisen sie in die Hauptstadt Ankara und errichten ein Camp am Stadtrand, von wo aus sie Kundgebungen starten und ihren Kampf auf die Strasse tragen.**

(agkkb) «Ich komme aus dem Osten, ich habe damals die AKP gewählt, damit das Blutvergiessen dort aufhört. Nicht nur, dass sie diesen Krieg nicht beenden konnten, jetzt wollen sie mir auch noch zwei von drei Broten wegnehmen. Erdogan soll einmal meinem fünf-

voran.

Bei diesem Verfahren wurden trotz klaren gesetzlichen Bestimmungen für diesen Fall die Arbeitsverträge, Beschäftigungsgarantien, Krankenversicherungen, Minimallöhne und Urlaubsregelungen ausser Kraft gesetzt. Darauf erklärten die 12'000 Angestellten am 15. Dezember 2009 den Streik.

Innert kürzester Zeit schlossen sich der Bewegung Zehntausende aus der Bevölkerung an. Von MarxistInnen über kurdische und armenische Widerstandsorganisationen bis hin zu konservativen Kräften verbündeten sich alle mit den Streikenden.

## Landesweite und internationale Solidarität

Das beeindruckendste an diesem Streik ist jedoch, dass sämtliche ethnischen, sozialen und politischen Gruppen einträchtig miteinander kämpfen, feiern und trauern. Viele dieser Gruppen liegen ansonsten im Streit miteinander und bekämpfen sich gegenseitig.

Überall in der Türkei kommt es täglich zu Solidaritätskundgebungen mit den TEKEL-ArbeiterInnen. Das Camp vor Ankara wird von der Stadtbevölkerung mit Nahrungsmitteln, Brennholz und allem zum täglichen Überleben notwendigen versorgt.

Auch im Ausland solidarisieren sich die Leute mit den Streikenden. So

etwa in Basel, wo es Kundgebungen auf dem Claraplatz gab, in Nürnberg, in Wien oder in Berlin.

## Kanalisationwasser in Wasserwerfern

Doch es gibt auch so manches Unerfreuliches. So setzte die türkische Polizei Abwasser aus den Kanalisationen in ihren Wasserwerfern ein und geizte bei den meisten Kundgebungen nicht mit Tränengas und Knüppeln. Auch wird der Streik in den westlichen, bürgerlichen Medien so gut wie überall totgeschwiegen.

Die Partei des regierenden Ministerpräsidenten T. Erdogan reagierte nicht auf die Forderungen der Streikenden. Sie behauptet sogar, die Angestellten der Firma hätten nie ein Recht auf derartige Garantien gehabt. Stattdessen will Erdogan sie nun mit einem Trostpreis in Form eines massiv verschlechterten Arbeitsplatzes in der öffentlichen Verwaltung abwimmeln, geregelt im Arbeitsgesetz 4/C. Doch die Streikenden lassen sich nicht auf seine Heucheleien ein. Stattdessen werden nun sogar Forderungen nach einem landesweiten Generalstreik laut. Und das stösst keineswegs auf taube Ohren.

## 4/C und die damit verbundenen Perspektiven

Am 1. März wurde bekannt, dass der oberste Gerichtshof die Frist für die Annahme von 4/C durch die TEKEL-ArbeiterInnen um acht Monate verlängert hat.

4/C ist ein Gesetz in der Türkei, mit dem das Leid der Entlassenen noch gründlicher ausgenutzt werden kann. Wenn ein Staatsbetrieb privatisiert wird, so können die Beschäftigten darauf bestehen, unmittelbar einen neuen Arbeitsplatz in der Verwaltung zu bekommen. Doch der Haken daran ist, dass dabei sämtliche Sozialleistungen, bis zu 50% des Lohnes und alle medizinischen Versorgung gestrichen werden. Ausserdem werden sie zu Saison-ArbeiterInnen, die nur zwischen 3 und 10 Monaten Arbeit haben. Wenn nicht gearbeitet wird, gibt es auch keinen Lohn. Ein Grossteil der ArbeiterInnen der bisher privatisierten Betriebe endete so in bitterer Armut und auf der Strasse.

Und trotzdem feiern die TEKEL ArbeiterInnen die Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Türkei. Denn der Entschluss der Richter gibt den ArbeiterInnen von TEKEL zumindest eine kurze Frist, in der sie ihre Kräfte neu ordnen und ihren Widerstand intensivieren können.

«Wovon soll ich erzählen? Von der Arbeitslosigkeit, von meiner Frau und den Kindern die ich nicht länger versorgen kann? Oder über mein Elend hier, oder über die Parlamentarier, die 21'000 Lira im Monat verdienen? Wovon soll ich erzählen?»

1 Die in Anführungszeichen gesetzten Aussagen stammen von am Arbeitskampf beteiligten Arbeitern und sind einem Kurzfilm entnommen: <http://marx21.de/content/view/998/32/>



Demo der Tekel-ArbeiterInnen in Ankara

jährigen Sohn erklären, wieso das so ist.»<sup>1</sup>

Die TEKEL war eine staatliche türkische Firma, die seit 1925 bestand. Sie hatte über Jahrzehnte das Monopol auf Tabak und Alkohol. Im Zuge eines Privatisierungsprogramms wurde sie wie viele andere Staatsbetriebe auch, im letzten Jahr an den US-Konzern BAT (British American Tobacco) verkauft. Dieses Programm treibt die Regierungspartei der Türkei, die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), wegen des angestrebten EU-Beitritts

# Von der Kampforganisation zum Event-Management

**GEWERKSCHAFTSPOLITIK Die Gewerkschaften fahren Erfolge an der Urne ein und verprellen ihre Basis im Betrieb. Denn sie vertreten nicht die Interessen der ArbeiterInnen, sondern ihre eigenen. Die Gewerkschaftsführung sucht immer nach demjenigen Feld, das sie möglichst gewinnbringend beackern kann.**

(az) Es ist ja nicht so, dass die Gewerkschaften das Wort «Klassenkampf» scheuen. Sie reden ständig vom Klassenkampf – immer dann, wenn sie einen neuen Schachzug der Bosse beklagen. Für die Gewerkschaften gibt es den Klassenkampf nur von oben. Im Betrieb selbst in die Offensive zu gehen, vermeiden sie. Warum tut sich die Gewerkschaftsführung mit dem Kämpfen im Betrieb so schwer? Zumal in anderen Bereichen die Gewerkschaften durchaus die Ziele erreichen, die sie sich gesteckt haben: dieses Frühjahr führte der SGB eine erfolgreiche Kampagne gegen den Rentenklau. Warum verlieren sie in der direkten Konfrontation und gewinnen sie, wenn sie sich als politische Bewegung geben?

Ein Teil der Antwort liegt in der Ideologie der Sozialpartnerschaft. Soll ein Betrieb geschlossen werden wie bei Clariant in Muttenz (vgl. Artikel nebenan), dann verwenden die FunktionärInnen ihre ganze Energie nur mehr darauf, einen Sozialplan auszuhandeln. Sie wollen nie den Anschein erwecken, sie würden die Sozialpartnerschaft gefährden: das tun die anderen, die Bosse, die nichts anderes als ihre Interessen durchdrücken. Die Gewerkschaften aber, so finden sie, haben das grosse Ganze im Auge. Sozialpartnerschaftliche Rituale wie Konsultationsverfahren, runde Tische oder die Verhandlung eines Gesamtarbeitsvertrags lassen die Gewerkschaften so aussehen, als würden sie das Gesellschaftsganze vertreten. Sie sind vernünftig, denken mit, halten sich an den Rahmen und machen der Belegschaft klar, dass diesmal leider nicht mehr drin gelegen ist. Nur: Für die Gewerkschaft gibt es ein nächstes Mal. Für die Entlassenen nicht.

## Lohnautomat im Langen Aufschwung

Das grosse Ganze, das die Gewerkschaften im Auge haben, heisst Wirtschaftswachstum. Gebetsmühlenartig wird das Bild vom Kuchen bemüht, von dem alle an-

teilsässig ein Stück abbekommen sollen, das Kapital, die ArbeiterInnen, der Staat in Form von Steuern. Dieses Bild vom Kuchen ist falsch: vielmehr backen die ArbeiterInnen den Kuchen, den die Bosse sich aneignen und einige Brosamen zurückgeben. Aber das Bild ist anschaulich und hat eine Zeitlang eingeleuchtet, als im langen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg die Ideologie der Sozialpartnerschaft gefestigt wurde. In dieser Zeit funktionierten die Gewerkschaften als Lohnautomat: man bezahlte seinen Mitgliederbeitrag, die Funktionäre (damals alles Männer) setzten sich mit den Bossen an den Tisch und handelten aus – Teuerungsausgleich plus einen Teil der Produktivitätsgewinne ergaben eine reale Lohnerhöhung. Der grössere Teil der Produktivitätsgewinne ging an die Bosse, die mehr Profit machten. Der Kuchen wuchs. Heute ist das grundsätzlich anders – um im schiefen Bild zu bleiben: der Kuchen schrumpft und er zerbröckelt dabei. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu, die Verhandlungsstärke sinkt. Von oben werden die Gewerkschaften nicht mehr ernst genommen. Und unten vertraut man ihnen immer weniger.

## Die Mitglieder als Asset

Damit sind wir auch beim anderen Teil der Antwort. Dass der Gewerkschaftsapparat eine Kraft ist, die ihre eigenen Interessen verfolgt, ist zwar eine Binsenwahrheit, hat aber sehr reale Auswirkungen. Wo sie sich nicht mehr als Sachverwalter der Arbeitskraft verkaufen kann, sucht die Gewerkschaftsführung ein anderes Betätigungsfeld. Das zeigt sich auch im Funktionsapparat, von dem ein guter Teil aus VersicherungsvertreterInnen, Event-ManagerInnen und



Mitgliederwerbung bis zum Umfallen

PolitologInnen besteht. Für FunktionärInnen mit politischem Anspruch ist es zunehmend schwer, neben der Mitgliederwerbung noch Vertrauensleute im Betrieb aufzubauen. Kritische GewerkschafterInnen setzen Hoffnung in die Konzepte des «Organizing» aus den USA, nach denen die Leute im Betrieb politisiert und zu eigenmächtigem Kämpfen angehalten werden sollten. Die Grundhaltung, die Mitglieder als Manövriermasse zu sehen, ist aber geblieben. Und zum Ende einer Kampagne wird es regelmässig wieder still um die «Organizing»-Konzepte.

Auch wenn ihnen die Leute davonlaufen, haben die Gewerkschaften immer noch viele Mitglieder. Rund 750'000 Personen sind in der Schweiz gewerkschaftlich organisiert, das ist mehr als doppelt so viel wie alle Parteien zusammen. Wie ein Management analysiert die Führung die Situation: Seit die SP vermehrt auf neoliberalen Kurs eingeschwenkt ist, gibt es ein Vakuum, das vor allem die Unia zu füllen sucht. Dabei geht es nicht mehr um konkrete Gegenmacht im Betrieb, sondern um den fotogenen Auftritt auf dem Bundesplatz und die frisch lancierte (oder auch nur angeordnete) Volksinitiative. Einst waren die Gewerkschaften von der Kampforganisation zur Versicherung abgesunken, heute simuliert die Versicherung eine reformistische Bewegung.

# Es geht auch anders: Die Klassengewerkschaft

**LAB Im Baskenland existiert eine Gewerkschaft, die zur nationalen Unabhängigkeitsbewegung gehört, sich aber stolz die Klassengewerkschaft nennt und für den Sozialismus kämpft.**

(az) LAB ist die Abkürzung von Langile Abertzaleen Batzordeak was Baskisch ist und übersetzt in etwa Kommission der patriotischen Arbeiter und Arbeiterinnen heisse. Das Wort patriotisch jagt zwar unsereiner einen kalten Schauer über den Rücken, es wäre aber falsch, die LAB an diesem einen Wort zu messen und nicht an der Politik, die sie tatsächlich betreibt. Und es liesse auch die speziellen historischen Bedingungen des Baskenlandes ausser Acht.

Die LAB führt ohne Zweifel den Kampf zur Befreiung und Selbstbestimmung des «baskischen Volkes» und es ist ihr ernst damit, das soll hier nicht klein geredet werden. Ihr Hauptziel ist die Unabhängigkeit und der Sozialismus für Euskal Herria und sie erhebt sowohl auf die spanischen als auch auf die französischen Territorien Anspruch. Sie scheint sich aber der Gefahren bewusst zu sein und bemüht sich sichtlich in ihren Schriften hervorzuheben, dass sie nicht ausgrenzen will. Legale wie illegale ImmigrantInnen, gebürtige SpanierInnen und FranzösisInnen können auch dazu gehören, denn gleichzeitig will LAB internationalistisch und antirassistisch sein: Die Klasse so organisieren, wie sie ist.

Ein Widerspruch? In der reinen Theorie bestimmt, in der Praxis weniger, auch die CubanerInnen riefen «Patria o muerte». Die Geschichte des Baskenlandes legt ihre Positionierung nahe. Ursprünglich hatten BaskInnen die Wahl zwischen nationalistischen, bourgeois Gewerkschaften und nicht-nationalistischen, linken Gewerkschaften. Das hat die baskische ArbeiterInnenklasse gespalten, denn das Bedürfnis nach nationaler Selbstbestimmung war jederzeit enorm, keineswegs unbegründet und nicht so einfach von der Hand zu weisen. Die LAB sprang in diese Lücke und war erfolgreich damit.



Grossdemonstration nach Verhaftung von LAB-Mitgliedern

Die LAB ist eine konföderierte Gewerkschaft, d.h. sie konzentriert sich nicht auf bestimmte Branchen, sondern organisiert alle, die zu ihr möchten, weil sie der politischen Linie zustimmen. Sie existiert seit 1974, seit zehn Jahren ist es ihr auch gelungen, im französischen Teil des Baskenlandes Fuss zu fassen. Sie vertritt 16% der ArbeiterInnen und verfügt über 4'400 gewählte Betriebsräte bei insgesamt 45'000 Mitgliedern. Das ist eine beeindruckende Zahl, selbst wenn das Baskenland nicht so klein wäre, wäre die LAB eine ernstzunehmende Kraft.

## Gegenmacht aufbauen

Im Mai 2008 hat der VII Kongress der LAB beschlossen, verstärkt auf den soziopolitischen Aspekt der gewerkschaftlichen Arbeit zu pochen und Gegenmacht aufzubauen. Sie tritt offen als sozialistische Gewerkschaft auf, sie erklärt sich für unabhängig von allen Parteien, doch will nicht von diesen isoliert sein. D.h. sie sucht Bündnisse und führt politische Diskussionen. Gewerkschaftliche Arbeit ist hier nicht von der Politik zu trennen und gerade dieser Punkt macht sie besonders interessant.

Zum prioritären Arbeitsfeld wurden zudem die prekären Arbeitsbedingungen und die Verteidigung der politischen Rechte erklärt. Dieser Punkt hebt die LAB ebenfalls von anderen Gewerkschaften ab, denn sie will nicht nur prekäre ArbeiterInnen organisieren, sie ist auch tatsächlich fähig dazu. Der spanische Teil des Baskenlandes hat weit weniger unter Arbeitslosigkeit zu leiden, als die meisten Gebiete Europas. Doch arbeiten dort überproportional viele ZeitarbeiterInnen – 30% der ArbeiterInnen haben befristete, unsichere Arbeitsverträge. Wahrscheinlich liegt ihre Fähigkeit die Temporären zu organisieren auch daran, dass sich die LAB dem Frauenkampf widmet und ausserdem eine Frau an der Spitze der Gewerkschaft steht. Hauptsächlich liegt es aber daran, dass die LAB kein Papiertiger ist, sondern wirkungsvoll die Konfrontation sucht und dabei stets weiss, auf welcher Seite sie steht.

Die LAB deklariert, dass nur im Kampf gegen jene, die die Produktionsmittel und das Kapital besitzen, sowie gegen deren Staat, eine Verbesserung der Lebensbedingungen erreicht werden kann. Und deshalb grenzt sie sich entschieden von jenen Gewerkschaften ab, die auf «sozialen Dialog» setzen und die Klasse dann für eine Unterschrift unter einem Vertrag verateten werden. Diese kompromisslose Politik betreibt die LAB im Baskenland, wo jede politische Aktivität mit maximaler Repression geahndet wird. Alle diese Gründe machen aus ihr eine der glaubwürdigsten ArbeiterInnenorganisationen der Gegenwart, der unsere Solidarität sicher ist.

# Clariant: Das Feuer der Unia

**ARBEITSKAMPF «Es ist ein schmerzhafter Prozess, dem wir uns aber stellen müssen», so Kottmanns Stellungnahme bei der Ankündigung des neusten Kahlschlags bei Clariant im Februar. Schmerzhaft ist der «Prozess» allerdings nur für die Entlassenen. Freude bereitet er vor allem Widmer, dem Verwaltungsratspräsidenten und natürlich den AktionärInnen.**

(rabs) Mit den angekündigten Massnahmen will Clariant sich wieder auf die «Erfolgsstrasse» zurückbringen. «Marktleaderin» lautet das Zauberwort. Um dies zu erreichen müssen weitere 500 ArbeiterInnen und Angestellte über die Klinge springen. 400 davon im Hauptwerk Muttenz. In den nächsten zwei bis vier Jahren soll die Produktion von Farbstoffen und Chemikalien für die Textilindustrie nach Asien und die Produktion von Chemikalien für die Papierindustrie nach Spanien verlagert werden.

Abbauwellen sind bei dem 1995 gegründeten Chemiemulti nichts Neues. In den letzten 10 Jahren sind schon über 10000 Arbeitsplätze in aller Welt wegrationalisiert worden (aufbau 57). Deshalb wurde an einer Belegschaftsversammlung Ende Januar ein Kampfkomitee gegründet, das auch von der Gewerkschaft Unia und vom Solidaritätskomitee unterstützt wird. Ziel war

also die Leute aus dem Kampfkomitee, die dem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen, in der Gewerkschaft organisiert sind und von der Betriebskommission vertreten werden.

## Die «Solidarität» der Angestellten-Vereinigung

Eine Eigenheit der Chemiebranche ist die Aufspaltung der Belegschaftsvertretungen. So werden die Angestellten in einer separaten Kommission, der Angestellten-Vereinigung, vertreten. Sie unterstehen nicht dem GAV, sondern einem Einzelarbeitsvertrag, und sie sind von der aktuellen Abbauwelle vorerst wenig bis gar nicht betroffen. Dass Gert Ruder, Präsident der Angestellten-Vereinigung, sich bei Kritik der Betriebskommission und der Gewerkschaft an den Clariant-Managern Mal für Mal für seine Chefs einsetzt, ist daher nicht weiter erstaunlich. Nicht zuletzt werden solche Präsidenten mit einer Reihe von Privilegien abgespeist und ruhiggestellt.

Anders gestaltet sich die Situation für Jörg Studer, Präsident der Betriebskommission, Mitglied des Kampfkomitees und der Unia. Er wird an Versammlungen durchaus auch persönlich von Kottmann angegriffen – dies natürlich nicht grundlos, und insofern bezeichnend für den Grad der Auseinandersetzung. Immerhin bewirkte etwa eine lange Kampagne im Mai 2009 die Verhinderung der Entlassung eines Vertrauensmannes. «Man muss kämpfen. Ein bisschen Sozialplan verhandeln reicht schon lange nicht mehr» ist ein Zitat aus einem Interview in aufbau 60.



Demo vor dem Clariant Werk in Muttenz vom 11. März 2010

es, sich auf die bevorstehenden Abwehrkämpfe vorzubereiten. Als Kottmann am 16. Februar die faktische Schliessung der Produktion in Muttenz (BL) bekannt gegeben hat, konnte sich das Kampfkomitee jedoch genau einmal treffen. Eindeutig zu wenig für eine unmittelbare und entschlossene Antwort. Die Entlassungen wurden der Belegschaft schliesslich an vier Informationsveranstaltungen, den «Downhall-Meetings», kommuniziert. An diesen wurden Flugblätter verteilt und Belegschaftsmitglieder traten, im Gegensatz zu früher, bewegt ans Mikrofon. Willkommene Unterstützung gab es auch aus Zürich: Während Kottmann es, wie schon so oft, vorgezogen hat, statt vor die Belegschaft vor die Medienschar zu treten und seine Botschaft Richtung Investoren zu senden, kam es zu Störaktionen. An der Bilanzmedienkonferenz in der Schweizer Börse blockierten linke Militante teilweise den Zugang.

## Die Kniffe der Manager

Wenn die ersten Kündigungen auch erst 2011 – 2012 ausgesprochen werden sollen, so trifft die angekündigte Massenentlassung die ArbeiterInnen und Angestellten doch um nichts weniger hart. Die vom Management sicherlich nicht zufällig gewählte Methode belässt die potenziell Entlassenen bewusst in grosser Unsicherheit: Zunächst einmal wurde der Hammerschlag verkündet, um dann gleich zu erwähnen, dass die Entlassungen gar noch nicht ausgesprochen seien. Ein «Trick», der die erste Empörung abfederte und eine unmittelbare Reaktion verhinderte. Es ist dies eine Mischung aus Hoffnung, dass gerade man selbst von den Massnahmen nicht betroffen sein werde, und Vertrauen in die lange Tradition der «Basler Chemiewerke», die auf viele Betroffene lähmend wirkte. Dem kämpferischen Teil hingegen war schon an der eiligst einberufenen Sitzung des Kampfkomitees am Tag der Entlassungen klar, dass dies nicht einfach so hingenommen wird, wenn auch hier der Schock spürbar war. Schliesslich soll es vor allem die Produktion und die ihr angegliederten Bereiche treffen,

## Die Gewerkschaft als Klotz am Bein

Dass ein gewichtiger Teil der direkt von den Entlassungen Betroffenen zu kämpfen bereit ist, hat der Protesttag vom 11. März gezeigt. Unterstützung zeigten die ebenfalls kämpfenden KollegInnen aus Hünningen (F). Eindrückliche Interviews, die an diesem Tag mit Arbeitern gemacht wurden, können auf der Aufbau-Homepage nachgelesen werden. In diesen Interviews und auch sonst wird mit Wut über die Clariant Bosse nicht zurückgehalten.

Eine andere Strategie scheint hingegen die Unia zu haben. Schon in der Vorbereitung waren im Kampfkomitee Differenzen zwischen der Unia-Leitung auf der einen und der Betriebskommission, den Beschäftigten

und dem Solikomitee auf der anderen Seite nicht zu übersehen. Von Beginn weg verlief die Bruchlinie um die Position zum Kahlschlag. So hat sich die Unia per Dekret geweigert, die nächstliegende und mehrheitlich favorisierte Parole: «Stopp dem Stellenabbau bei Clariant!» zu übernehmen. Nicht nur mit ihrer Parole: «Wir kämpfen für Arbeitsplätze» hat die Unia klar gemacht, dass sie keine Front gegen den Entscheid der Bosse aufbauen will. Man kommt um die Interpretation nicht herum, dass hierbei der Fokus auf die vermutlich irgendwo auch nach dem Stellenabbau vorhandenen Arbeitsplätze gelegt wird. Wichtig ist aber eine Front, gegen innen an die Unentschlossenen und gegen aussen an die Kapitalisten. Dass dies kein Detail ist, zeigen die weiteren Ereignisse. So kommt es bei konkreten Punkten immer wieder zum Widerspruch. Die Unia-Leitung scheut sich z.B. normalerweise nicht, das von der Konzernleitung nicht eingehaltene Konsultationsverfahren juristisch anzufechten. Bei Clariant hingegen akzeptiert sie das Vorgehen der Bosse. Die Hoffnung scheint zu sein, dass die Belegschaft den Stellenabbau grundsätzlich akzeptiert und dass nach Ablauf der Frist am 30. April Ruhe einkehrt. Insbesondere, weil das Kampfkomitee nicht kontrollierbar ist und deshalb lahmgelegt werden soll. Dass mit einer juristischen Abklärung wenig gewonnen wird, ist auch der Betriebskommission klar. Für den Widerstand ist aber wichtig, Zeit zu gewinnen, um einen Kern für eine «Bewegung» aufzubauen, woran alle Beteiligten arbeiten müssen. Schliesslich werden die ersten Entlassungen «erst» in ein bis zwei Jahren ausgesprochen und bis dahin ist gemäss den Worten Kottmanns noch ein weiterer Kahlschlag zu befürchten. Das Beispiel Clariant zeigt, dass Belegschaften sich genügend von einer unkämpferischen gewerkschaftlichen Tradition emanzipieren und Vertreter dieser Tradition in bestimmten Punkten auf die Plätze verweisen sollten. Sonst bleibt das verteilte Unia-Feuerzeug an der letzten Betriebsversammlung das einzig Zündende!

## KOMMENTAR

Dass sich Gewerkschaften auf das Feld der Politik wagen, ist keine Selbstverständlichkeit. Ungeachtet der Grenzen, welche einer rein gewerkschaftlichen Organisation im revolutionären Prozess gesetzt sind, lohnt sich der Blick auf solche Entwicklungen. Der Schritt in die Politik kann völlig verschiedene Ursachen haben.

Die PolitologInnen der UNiA haben die Marktmechanismen schon so verinnerlicht, dass sie die Firma UNiA als eigenständigen Akteur im umkämpften Politwettbewerb managen. Ihr «Kapital» ist dabei die Mitgliederbasis als Manövriermasse, meist im Dienste der Sozialdemokratie. Damit geht die UNiA den Gang in die Politik, weil und indem sie nicht mehr die Interessen der ArbeiterInnen vertritt und vertreten kann.

Auf der anderen Seite ist der Spielraum für Zugeständnisse der Kapitalisten gegenüber der ArbeiterInnenklasse immer kleiner geworden. Ökonomische Kämpfe, wie bei Betriebsschliessungen, machen schneller den Umschlag in politische Kämpfe notwendig. Immer mehr stehen die Bedürfnisse nach Lebenssicherung und das Profitinteresse des Kapitals unvereinbar gegenüber; und dies wird von den Kämpfenden auch so geäussert. Gewerkschaftliche Kämpfe – wenn sie denn wirklich die Interessen der ArbeiterInnen vertreten – kommen nicht darum herum, die kapitalistische Produktionsweise in Frage zu stellen und sich mit politischen Kämpfen zu verbinden. So tut es die LAB.

Bisher haben es die Gewerkschaften in der Schweiz geschafft, die Krisenfolgen ohne Kämpfe abzuwickeln und Massenentlassungen still zu verwalten. Insbesondere den Industriesektor hat die UNiA fallen gelassen, denn sie will mit dem Trend gehen und den «Strukturwandel» nicht verpassen. Grundlegerend bleibt die Vorstellung, dass diese Gesellschaft in sozialpartnerschaftlicher Treue ein gemeinsames Ziel verfolge. Und für diese Sozialpartnerschaft – welche eigentlich nur noch einer kriselnden Ehe zwischen anbietendem Gewerkschaftsapparat und profitierenden Kapitalisten besteht – werden die Interessen der ArbeiterInnen an der Basis verkauft.

Dabei wäre die Sache ganz einfach und unromantisch. Zwischen Bourgeoisie und Proletariat gibt es nur ein Machtverhältnis. Wer sich seiner Lage bewusster ist, sich besser organisiert und kämpft, gewinnt. Wer sich an einen Verhandlungstisch setzt, ohne eine reale Gegenmacht, also Organisierung, hinter sich zu vertreten, wird über kurz oder lang eigene Interessen verfolgen. So tun es die Gewerkschaften in der Schweiz. (az)

## Warum hat der Kampf um und auf der Strasse strategische Bedeutung?

**KLASSENKAMPF Der Kampf auf der Strasse für eine revolutionäre Perspektive verläuft oft sehr punktuell, dynamisch und unübersichtlich. Daher lassen sich Gesamtkonzept und grundlegende politische Zielsetzungen teilweise nur schwer erkennen. Der Text versucht, die einzelnen Zielsetzungen revolutionärer Politik aufzuzeigen.**

(agkk/gpw) An Demos, Aktionen und Kundgebungen werden trotz inhaltlichen Flugblättern, Reden und gezielten Aktionen die konkreten politischen Zielsetzungen und die längerfristigen, strategischen Überlegungen in der Vielfalt des Kampfes nicht immer klar ersichtlich. Trotz dieser politischen Vermittlung ist es oft schwierig konkrete Einzelhandlungen als Teil eines Gesamtkonzeptes in seiner Tiefe zu erfassen. Die konstanten Angriffe der Repressionskräfte (Bullen, Justiz usw.) leisten ihren Teil dazu. Der revolutionären Politik soll ihre Berechtigung entzogen werden; sie wird kriminalisiert und soll als abstraktes Hirngespinnst dargestellt werden.

### Kein abstraktes, sondern ein praktisches Vorgehen

Der Klassenkampf kann und soll sich nicht nur auf die Verteidigung der ökonomischen Interessen der ProletarierInnen beschränken, und nicht bloss symbolisch geführt, sondern muss praktisch aufgenommen werden. Im Mittelpunkt unserer Strategie stehen die Entwicklung und Umsetzung konkreter Formen von Gegenmacht, d.h. Handlungsweisen, welche den kapitalistischen Alltag mit seinen Unterdrückungsverhältnissen, Werten und Gesetzen durchbrechen. Darunter fällt auch die kreative Rückeroberung des öffentlichen Raums, welcher uns allen durch zunehmende Überwachung streitig gemacht wird. In diesem Kampf ist Kreativität eine Ressource, welche ihre Wirkung und Kraft in der tatsächlichen, originellen Umsetzung entfaltet.

### Der Aufbau revolutionärer Gegenmacht

Der Kampf auf der Strasse ist ein Kampf für revolutionäre Gegenmacht. Dort ist der zentrale Ort, wo die verschiedenen Stränge des Klassenkampfes zusammen kommen. Strassen und Plätze sind soziale, kollektive Räume, die ihren BenutzerInnen sowohl den Blick auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen als auch die eigene Teilnahme an den verschiedensten Klassenkämpfen ermöglichen.

Den öffentlichen Raum in Beschlag zu nehmen und ihn mit einer politisch-revolutionären Bedeutung zu füllen, kann nur über den Kampf auf der Strasse realisiert werden. Diese Raumanneignung verstehen wir als Ausdruck mobiler Gegenmacht, die in ständiger Bewegung und Veränderung ist. Präsenz auf der Strasse hat zum Ziel, ein politisches Klima zu schaffen, innerhalb dessen auch proletarische Kultur zu gesellschaftlichen Konflikten entsteht und somit Klassenbewusstsein vertieft werden kann.

Daher wollen wir uns den Zugang zu wichtigen Orten und Plätzen erkämpfen und gerade der Aneignung des revolutionären Treffs am 1. Mai in Zürich sprechen wir diese Bedeutung zu. Diese Aneignung der Räume kann sowohl abstrakt wie symbolisch geschehen, aber auch im Konkreten und Praktischen. Sie ist ein Ausdruck von mobiler Gegenmacht, welche sich ständig verändert. Auf den Strassen und Plätzen werden so die gemeinsamen Räume geschaffen, wo die BenutzerInnen der Räume sich mit Blick auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen konkret an den verschiedensten Klassenkämpfen beteiligen können.

Der Kampf um die Möglichkeit Demonstrationen durchführen zu können, um die Ergreifung dieses öffentlichen Raum selber, ist zum Gegenstand unserer revolutionären Politik geworden. Auch die herrschenden Bonzen haben die Bedeutung dieses Kampfes um einen revolutionären Ausdruck auf der Strasse - wie auch immer er sich konkret ausdrückt - begriffen. Wie sonst lässt sich erklären, wie unerbittlich und hart versucht wird, der revolutionären Seite diese Möglichkeiten zu verwehren. Wenn Angst und Verzweiflung zu Wut und Widerstand auf der Strasse werden, beginnen sich die Herrschenden zu fürchten. Nichts fürchten sie mehr als Streiks, Demonstrationen, Sabotageaktionen oder militante, revolutionäre Angriffe.

Denn das Kapital und sein Staat bleiben zwar (vorerst noch) mächtig, sie sind aber gleichzeitig auch angreifbar. Im langfristigen Aufbau von revolutionärer Gegenmacht soll der Charakter, das Wesen des revolutionären Prozesses konkret fassbar werden, d.h. sein befreiender Charakter, der klare Bruch mit dem kapitalistischen System und die Infragestellung der bürgerlichen Macht und ihres Gewaltmonopols in Form von Bullen, Militär und Justiz.

### Die Wirkung des Raumes auf den Klassenkampf

Die intakten, resp. klassischen ArbeiterInnenquartiere hatten für die Entstehung des Klassenbewusstseins die Bedeutung, dass in diesen Wohnquartieren die Erfahrungen am Arbeitsplatz mit den Erfahrungen im Alltag ergänzt werden konnten. Aufgrund der gleichen ökonomischen Lebenslage (also wirtschaftliche Erfahrungen im Zusammenhang mit der Arbeit), sind soziale Beziehungen stärker verankert als in heterogenen Quartieren. Doch selbst in Zeiten einer starken ArbeiterInnenbewegung entstanden nicht einfach so aus sich heraus Hochburgen des Klassenkampfes. Vielmehr brauchte es auch von «aussen» hineingetragene politische Initiativen, die eine allgemeinen Sichtweise der gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelten und somit das Wachsen des Klassenbewusstseins unterstützen.

Seit den 60er Jahren haben sich die räumlichen Verhältnisse verändert. Die ArbeiterInnen wohnen mit Menschen zusammen, die einen anderen ökonomischen Erfahrungshintergrund aufweisen. Die Klasse wurde

### Die konkrete Aneignung öffentlicher Gebiete

Den öffentlichen Raum verstehen wir also als gesellschaftlich produzierte Orte, indem versucht wird, eine revolutionäre Gegenmacht zu rekonstruieren. Es ist ein Raum, der durch die Praxis der Klassenkämpfe stetig neu geformt wird. Die Aneignungs- und Produktionsprozesse des öffentlichen Raums widerspiegeln gesellschaftliche Verhältnisse und sind Teil weitergehender Klassenkämpfe. Der öffentliche Raum ist also nicht ein neutraler, objektiver Ort, sondern ist das Resultat verschiedenster Klassenkämpfe und Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen.

Grundsätzlich hat der öffentliche Raum einen dreidimensionalen Charakter, bestehend aus Strassen, Plätzen, Quartieren usw. Teile dieser Gebiete sind auch an bestimmte historische Begebenheiten gebunden, wie in Zürich beispielsweise der Helvetiaplatz (als Platz der ArbeiterInnenbewegung) oder die Bahnhofstrasse (als Strasse, wo die Bonzen sich tummeln). Zum öffentlichen Raum zählen aber auch Wände, an denen Kleber, Plakate oder Sprays angebracht werden können. Die materielle, physische Ebene spielt nur so weit eine Rolle, als dass sie auf unsere Möglichkeiten und Zielsetzungen einengend oder erweiternd wirken kann.

Daher spielt auch die politische Dimension bei der materiellen Gestaltung von Räumen durch die Architekten der Repression eine Rolle. Für alle, die Widerstand leisten, ist erkennbar, dass von oben versucht wird sicherzustellen, dass dieser Widerstand nur noch im Sichtfeld des Kapitals beziehungsweise seines Staats stattfindet. Es gibt schon heute nur noch überwachte und noch nicht-overwachte Orte, die Strassen und Plätze werden zu Überwachungszonen. Öffentliche Orte, die nicht überwacht sind, soll es in Zukunft nicht mehr geben.

### Revolutionärer Ort «Strasse»

In den letzten Jahren haben die Herrschenden die grosse Bedeutung der Strasse begriffen und die Kontrolle dieses Raums zu einem Schwerpunkt der Repression gemacht. In diesem politischen Zusammenhang findet auch die jährliche Auseinandersetzung am 1. Mai in Zürich statt. Vom Ergebnis dieses Kampfes hängt vieles ab: Verteidigt und erkämpft sich die revolutionäre Linke diesen Raum auf der Strasse, stärkt sie damit auch ihr Position an anderen Orten des Klassenkampfes (sei es im Betrieb, an der Uni oder in Schulen). Für den Revolutionären Aufbau war und ist die Strasse eine zentrale Achse seiner Praxis. Die Strasse ist die Kampffront, an der sich die einzelnen sozialen und politischen Kämpfe vereinigen. Darum bekämpft uns der Staat auch am 1. Mai mit massiven Repressionsmitteln. Der Kampf

um die Strasse am 1. Mai hat sich mittlerweile in einen Kampf um den öffentlichen Raum entwickelt. Darin widerspiegelt sich eine politische Haltung: Das bürgerliche Rechtssystem und das Gewalt- und Machtmonopol des bürgerlichen Staats wird in Frage gestellt - und zwar aus einer revolutionären Position. Der Staat will die Präsenz auf der Strasse unbedingt verhindern, weil durch den Kampf ein politisches Klima geschaffen wird, innerhalb dessen sich revolutionäre Gegenpositionen zu gesellschaftlichen Konflikten entwickeln können und daraus Klassenbewusstsein entstehen kann.

### Der revolutionäre Prozess als kulturelles Laboratorium

Auch revolutionäre Kultur ist Teil des Kampfes um öffentlichen Raum. Denn entgegen der Meinung der Bürgerlichen sollen nicht nur die Schönen und Reichen sie geniessen können. Auch der Klassenkampf wird ästhetisch geführt. Umso intensiver sich die Klassenkonfrontationen entwickeln, umso breiter die Beteiligung der Klasse, umso mehr sprengt sich auch die widerständige, revolutionäre Kultur ihren Raum, um Bedingungen einer von der Herrschaft des Kapitals freien kulturellen Produktion zu schaffen, die nicht im Sinne kapitalistischer Warenproduktion organisiert ist.



heterogener. Der sozial-räumliche Klassenzusammenhang löste sich nicht nur im Betrieb, sondern auch in den Quartieren immer stärker in der Vereinzelung auf. Aufgrund dieser räumlichen Trennung wurde auch die Kommunikation innerhalb der Klasse unterbrochen und damit eine Grundlage zerstört, die für die Entstehung eines Problembewusstseins wichtig ist. Denn die Wahrnehmbarkeit der Betroffenheit anderer Menschen und die Möglichkeiten von Zusammenarbeit und Solidarität hängen eng mit der räumlichen Verteilung der Klasse zusammen. Die räumlichen Strukturen beeinflussen soziales Verhalten und somit auch den Klassenkampf.

Es gibt auch keinen öffentlichen Raum «an sich», d.h. alle Räume haben für uns eine Bedeutung: Sei es etwa in Zürich der Paradeplatz, die Bahnhofstrasse oder der Helvetiaplatz, in Basel der Marktplatz oder in Bern der Bundesplatz.

Diesen Plätzen soziale und politische Inhalte zu schreiben, die sie symbolisieren, ist Ausdruck davon, dass der öffentliche Raum im Klassenkampf entstand und seine Wahrnehmung in den darin stattfindenden politischen Prozessen entsteht. Denn kollektives politisches Gedächtnis ist immer in irgendeiner Form an räumliche Bilder gebunden!

# Wo war Jon Anza?

**BASKENLAND Im März wurde die Leiche des baskischen Aktivisten Jon Anza in der Kühlkammer eines französischen Spitals gefunden. Das spurlose Verschwinden und mysteriöse Wiederauftauchen des ETA-Militanten weckt Erinnerungen an den schmutzigen Krieg der 80er Jahre.**

(agafzh) Jon Anza war Jahrzehnte lang Aktivist der baskischen Befreiungsbewegung. Von 1982 bis 2002 war er wegen ETA-Mitgliedschaft inhaftiert und trug von der langen Haftzeit schwere gesundheitliche Schäden davon. Er litt unter einem Tumor des Sehnervs und war fast blind. Nach seiner Entlassung liess sich Jon Anza in Baiona im französischen Baskenland nieder und unterstützte weiterhin den baskischen Befreiungskampf.

## Spurlos verschwunden

Am 18. April 2009 bestieg Jon Anza einen Zug in Baiona, um im französischen Toulouse an einem ETA-Treffen teilzunehmen. Dabei hatte er eine grössere Geldsumme zur Übergabe. Am Treffen tauchte er jedoch nie auf, sondern verschwand spurlos.

Mitte Mai 2009 gaben seine Angehörigen das Verschwinden bekannt. Einige Tage später beschuldigte ETA in einer Pressemitteilung die spanische Militärpolizei (Guardia Civil) für das Verschwinden ihres Genossen verantwortlich zu sein. Weiter hiess es, dass die Repressionskräfte die Fingerabdrücke Jon Anzas in einem Waffendepot der ETA gefunden und somit gewusst hätten, dass er wieder politisch aktiv gewesen sei. Die spanische Regierung wies die Anschuldigungen zurück und behauptete, Jon Anza habe sich mit dem Geld der Organisation abgesetzt.

Fast ein Jahr später, am 11. März 2010, wurde die Leiche von Jon Anza zufällig im Kühlraum eines Spitals von Toulouse entdeckt. Nach Angaben des Spitals war er am 29. April 2009 bewusstlos in einem Stadtpark gefunden und bei ihnen eingeliefert worden, wo er am 11. Mai 2009 an einem Herzversagen verstarb. Wegen fehlender Ausweispapiere konnte er nicht identifiziert werden. Die Staatsanwaltschaft von Baiona hatte diese Angaben zunächst übernommen und zur offiziellen Version erklärt. Offensichtlich fehlen dabei aber einige entscheidende Details.

## Drei offene Fragen

Unbeantwortet bleibt die Frage, wo sich Jon Anza vom 18. bis 29. April 2009 aufgehalten hat. Die Vermu-



Jon Anza ist tot

nung, dass er in diesen Tagen von der spanischen Guardia Civil gefangen gehalten und gefoltert wurde, liegt nahe. Die konservative spanische Zeitung «El Mundo» fand heraus, dass sich seine Fingerabdrücke tatsächlich auf einem Waffendepot befunden hatten, das 2008 von spanischen Sicherheitskräften ausgehoben worden war. Zudem verliessen am 20. Mai 2009, genau einem Tag nach der Pressemitteilung von ETA, vier Personen überstürzt ein Hotel in Toulouse. In ihrer Hast liessen sie unter den Matratzen zwei Pistolen liegen, welche auf die Guardia Civil registriert waren.

Nicht nachvollziehbar ist auch, warum die Leiche

des landesweit gesuchten Jon Anza fast ein Jahr lang nicht identifiziert werden konnte. Das Krankenhaus von Toulouse hatte die französische Polizei drei Mal davon in Kenntnis gesetzt, dass bei ihnen eine nicht identifizierbare Person hospitalisiert sei. Nach dem Tod von Jon Anza fragte das Spital bei der Staatsanwaltschaft von Toulouse an, ob der Körper nach Ablauf eines Monats routinemässig kremiert und beerdigt werden solle. Daraufhin bekam es die Weisung, den Körper im Kühlraum zu lassen.

Offen ist auch die Todesursache Jon Anzas. Eine erste medizinische Untersuchung an dem durch schlechte Konservierung angegriffenen Körper ergab, dass er an einem Herzinfarkt gestorben sei. Eine von den Angehörigen geforderte Untersuchung eines unabhängigen Arztes wurde bis anhin nicht gestattet.

## Erinnerungen an die GAL

Die Geschichte weckt Erinnerungen an den schmutzigen Krieg, den die Todesschwadronen der GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación) in den 80er Jahren gegen die baskische Befreiungsbewegung und MitgliederInnen anderer revolutionärer Bewegungen führten. Die GAL waren 1983 illegal von hohen Funktionären der spanischen sozialdemokratischen Regierung ins Leben gerufen worden und wurden vom Innenministerium geführt, finanziert und protegert. In ihren Reihen waren Mitglieder der

Guardia Civil und französische Söldner aktiv. Die Entführung, Folterung und Ermordung von mutmasslichen ETA-AktivistInnen auf französischem Staatsgebiet war ihr Markenzeichen. Auf ihre Rechnung gingen 28 Morde.

Auch mit einem erneuten Griff in die Kiste des schmutzigen Krieges wird die spanische Regierung die baskische Linke nicht aufhalten können. Nach einer intensiven internen Debatte ist diese im Begriff sich erfolgreich neu zu konstituieren und neue Kräfte zu mobilisieren.

## Zur Märzkonferenz der Roten Hilfe International

**ROTE HILFE Die 2. Jahreskonferenz der Roten Hilfe International (RHI) war geprägt von einem Vereinheitlichungsprozess, der sich in der Praxis aber auch in der gemeinsamen Theoretisierung niederschlägt. Kampagnen, internationale Delegationen und Seminare sind deren fassbaren Resultate.**

(rhi) Im März trafen sich die Delegierten aus Belgien, Italien, Spanien, Deutschland und der Schweiz zur 2. jährlichen Arbeitskonferenz, entschuldigte Abwesende waren die VertreterInnen aus der Türkei und dem arabischen Raum.

Aus den Länderberichten ging hervor, dass sich die kapitalistische Krisenspirale auf die Verschärfung der präventiven Konterrevolution gegen die revolutionäre Klassenbewegung wie auch gegen die politischen Gefangenen zuspitzt. Die Unterschiede liegen höchstens in den verschiedenen Bereichen und Ungleichzeitigkeiten dieser Entwicklung. So zum Beispiel lässt der spanische Staat die GAL<sup>1</sup> wieder aufleben, die bekanntlich bereits in den 80er Jahren Revolutionärinnen entführte und ermordete. Oder die italienische Repressionsmaschinerie verschärft ihre Haftbedingungen gegen revolutionäre Gefangene. In Deutschland hingegen werden immer mehr türkische GenossInnen mittels Artikel 129b<sup>2</sup> vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt. Gemeinsam aber ist ihnen die Praxis RevolutionärInnen, welche ungebrochen seit Jahrzehnten gefangen sind, selbst nach Ablauf der Haftzeit nicht zu entlassen oder nicht die üblichen Vorbereitungen für eine Entlassung einzuleiten. In Frankreich betrifft dies konkret die Gefangenen aus Action Direct, George Ibrahim Abdallah, in Italien Gefangene der Brigade Rosse, im spanischen Staat zahlreiche Gefangene aus PCE(r), GRAPO oder aus der baskischen Bewegung, in der Schweiz Marco Camenisch.

### Die Antwort aus den Knästen lässt nicht auf sich warten

Zahlreiche koordinierte und miteinander verbundenen Hungerstreiks der anarchistischen Gefangenen weltweit oder die Organisierung in Knastkollektive kommunistischer oder sozialistischer Gefangener der baskischen Befreiungsbewegung sind die einzig richtige Antwort auf diese Verschärfung. Sich in Kampfkollektiven organisieren und mit denen draussen verbinden.

### Die Antwort der RHI auch nicht

So haben wir uns zum Ziel gesetzt, diese Kollektive aktiv zu unterstützen und in unsere Aktivitäten einzubinden. Dazu gehört u.a. auch, ein Sprachrohr zur Verfügung zu stellen.

Weiter wurde, u.a. eine Kampagne für Marco Camenisch beschlossen, d.h. im Kontext der Problematik der Langzeitgefangenen, die als ungebrochene Revolutionärinnen auch nach Ablauf ihrer Haftstrafe nicht aus den imperialistischen Knästen entlassen werden. Dem Vorschlag können sich aus allen Ländern Anarchistinnen, KommunistInnen, AntiimperialistInnen und AntifaschistInnen anschliessen und «ihre» davon betroffenen Gefangenen in diese internationale Kampagne einbringen. Ein kurzer Text wird dazu die gemeinsame Ausgangsbasis sein. Wer sich dafür interessiert, kann sich bei der RHI melden.

Da mit der Verschärfung der Repression immer mehr AktivistInnen vor die Klassenjustiz gezerrt werden, ist die Bedeutung der politischen Prozessführung gestiegen. Das von der RHI mitorganisierte Seminar «Politische Prozessführung» im Juni in Mailand hat zum Ziel, international koordinierte Antworten auf diese Angriffe geben zu können. Anwälte, Delegierte der RHI, Angehörigenkomitees und politische Militante aus verschiedensten Ländern informieren über die aktuelle Situation in ihren Ländern und werden zu speziellen Themen sprechen: Schranken der Klassenjustiz als Bühne für revolutionäre Politik nutzen; gemeinsame inter-

national koordinierte Solidaritätsarbeit bei politischen Prozessen; Strassendelikte<sup>3</sup>; was tun?

### Wohin ist immer auch die Frage nach dem Woher

Zu einem konkreten Konstituierungsprozess gehört immer auch eine politisch-theoretische Zusammenarbeit. In diesem Sinne versteht sich auch die Arbeitsgruppe «Geschichte der RHI und ihre Rolle in der Kommunistischen Bewegung».

Ein weiteres politische-theoretisches Projekt ist die Herausgabe eines Buches über die revolutionäre Bewegung Italiens. Verfasser sind militante KommunistInnen, die diese historische Aufarbeitung kollektiv unter dem Gesichtspunkt verfasst haben: ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis.

### Drinnen und Draussen ein Kampf

Anfangs Mai mobilisieren wir auf die 6. internationale Prozessdelegation zum Revisionsprozess gegen die am 12.2.07 verhafteten und letzten Sommer verurteilten kommunistischen GenossInnen der Pc p-m. Es wird wohl die letzte Gelegenheit sein die gefangenen GenossInnen in einem Prozesssaal mit erhobener Faust zu grüssen. In Mailand findet dazu eine grosse, internationale Mobilisierung statt. Wer sich dafür interessiert und sich anschliessen möchte, kann sich bei uns melden.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Fussnote zu GAL fehlt

<sup>2</sup> u.a. wer Texte von revolutionären Gefangenen, welche unter Art.41bis in Isolationshaft sitzen veröffentlicht, wird mittels Mitgliedschaft- oder UnterstützerInnenartikel belangt.

<sup>3</sup> Landfriedensbruch; Sachbeschädigungen usw

<sup>4</sup> info@rhi-sri.org; www.rhi-sri.org

# Eros und Politik

**BEFREIUNGSTHEORIE** Meist denken wir beim Begriff Politik nicht unbedingt an Erotik. Ebenfalls nicht unbedingt beim Begriff Marxismus. Anders jedoch Marx selbst.

(akfk) Tatsächlich gibt es keinen Eros<sup>1</sup> ohne Politik. Und umgekehrt. Dies scheint auf den ersten Blick eine gewagte Behauptung zu sein. Auf den zweiten leuchtet ein, dass wie Erotik gefühlt und gelebt wird, wie Liebende zusammen sind, stark von der sie umgebenden sozioökonomischen Welt abhängt. Es folgt eine Auseinandersetzung mit einem kürzlich erschienen Buch.<sup>2</sup>

## Wider die Entfremdung des Menschen

Ein Gedanke durchzieht das gesamte Werk von Marx: Der entfremdete Mensch ist der von seinen Bedürfnissen und Interessen losgetrennte, eben entfremdete Mensch. Für Marx gehören Mensch, Tätigkeit und Erotik zusammen. Eros bedeutet Lebensgenuss, beschränkt sich jedoch nicht ausschliesslich auf den Bereich des Sexuellen, sondern drückt sich ebenso in Formen der Tätigkeit aus, die über den Liebesgenuss weit hinausgehen.

Denken wir Eros in einem sozio-kulturellen Zusammenhang, in einem umfassenden Sinne, so sind Eros und Tätigkeit dialektisch miteinander verbunden. Sie hängen voneinander ab, beeinflussen sich gegenseitig. Die erotische Beurteilung des Tätigkeitstriebes findet seinen Ausdruck insbesondere in Kunst und Philosophie. Der Mensch, die höchstentwickelte «Materie», strebt in seinem Tun nach erotischer Selbstverwirklichung, nach «Schönheit». Dass der Mensch «nach dem Masse der Schönheit produziert», besitzt die Bedeutung eines universellen Symbols, was so viel besagt, dass für alle kritischen Aussagen ökonomischer, historischer, soziologischer oder anthropologischer Art der Massstab der Schönheit unentbehrlich bleibt. Erst durch diesen Massstab der Schönheit oder, ins Allgemeine übertragen, des Erotischen, gewinnen diese Aussagen kritische Relevanz. Da wir nicht wissen können, was diese Schönheit in ihrer ganzen Bedeutung ausmacht, können wir sie erst als fehlende Deformation oder Entfremdung des Menschen definieren. Das ist zugleich Kritik an der Ausbeutung im Kapitalismus, weil sie die Grundlage dieser Entfremdung ist.

Solche Vorstellungen sind uns fremd geworden, es fällt uns schwer, sie zu verstehen. Marx zeigt, dass in der klassengesellschaftlichen Geschichte die Herrschenden dem Menschen das Erotische, die «Sinnlichkeit» geraubt haben. Er wird im Verlauf der klassengesellschaftlich geprägten Geschichte dem «Rationalen des Geometers» unterworfen. Diese Unterwerfung fällt in erster Linie zusammen mit der Unterwerfung unter die ökonomischen Gesetzmässigkeiten, unter die Verdinglichung des Kapitals.

Dort begegnen wir dem «trocken-langweiligen» Mensch, dem zerteilten, entfremdeten und damit des Genusses von Philosophie und Kunst entbehrenden Mensch. Es ist der unerotische Mensch. Nur zu Zeiten einer wirksamen ArbeiterInnenbewegung erfasst er einen Zipfel davon, was Philosophie und Kunst ihm bieten. Die Monopolisierung des Erotischen seitens der herrschenden Klassen entspricht auf der Seite der beherrschten Klassen der repressiven Bedeutungswandel solcher Begriffe wie Moral, Pflicht, Ordnung, Gehorsam, Freiheit, Wahrheit, usw. Der Spiesser dringt – wenn nicht eine wirksame politische Organisation dem widersteht – bis tief in das Proletariat hinein.

## Gegen das eigene Begehren

Im Kapitalismus ist neben aller Sexualerziehung und der Sexualisierung des öffentlichen Raums das Verhältnis zum eigenen Begehren in eine Zone des Schweigens verbannt. Aus radikalisierten Kapitalverwertungsstrategien resultiert eine Unsicherheit, die einen disziplinierenden Einfluss auf die Betroffenen ausübt. Die Menschen müssen, wenn sie nicht zu den Verlierern gehören wollen, sich immer bedingungsloser den Imperativen der «Marktwirtschaft» unterwerfen; sie müssen Zweckrationalität und Selbstdisziplinierung zu Maximen ihres Lebens machen und bereit sein, Tag für Tag ein Stück ihrer Emotionalität und Sensibilität, also letztlich ihrer Liebes- und Sozialfähigkeit auf dem Markt opfern. Die kapitalistische Lebenspraxis beeinflusst also nicht nur das Bewusstsein der Menschen, sondern instrumentalisiert auch ihre Psyche und sichert dem Kapitalismus den Zugriff auf den ganzen Menschen.

Die konkurrenzgeprägte Lebenspraxis führt zu einer feindlichen Haltung zum Mitmenschen und zu Frustrationen in den Geschlechterverhältnissen, weil die Menschen auf sich selbst zurückgeworfen sind und das gesellschaftliche Gegenüber mit einem latenten Misstrauen betrachtet wird. Die im sozialen Bewährungskampf aufgezwungenen egoistischen bis asozialen Durchsetzungsstrategien äussern sich im privaten Leben in der Unfähigkeit des partnerschaftlichen Umgangs,

aber auch in einer zunehmenden Bindungslosigkeit, weil die Angst besteht, sein Innerstes der Verletzlichkeit preiszugeben.

Zeichen der sozialen Isolierung und der «Angst vor Nähe» ist die Zunahme der Pseudoerotik des Telefonsexes und der anonymen Internetkontakte: Eros verschwindet in den Maschinen. Sexualwissenschaftliche Untersuchungen stellen eine Tendenz zur Anonymisierung und emotionalen Kälte fest. Diese Erscheinungsweisen sind Ausdruck der realen Vereinzelung und einer lebensgeschichtlich erzeugten Desensibilisierung und Distanzierung. Auch im sexuellen Verhalten manifestiert sich bürgerlicher Verfall. Am deutlichsten wird dies in den aktuellen Produktionen der Porno-Industrie, in denen sexuelle Aktivität immer häufiger mit Gewalt und (Selbst)Destruktivität verbunden ist.

## Gattungswesen Mensch

In dieser «geistlosen Welt» hängt sich der unterdrückte, d.h. nicht nur ökonomisch benachteiligte, sondern auch ohne Philosophie und Kunst dahingehende Mensch an einen Geist, der in der Gestalt der Religion ihm innere Befriedigung und Beruhigung verschafft. In der geistlosen Welt wird die Religion zum «Opium des Volkes». Die unbewusste Sehnsucht, «Gattungswesen» zu werden, wird verdrängt durch die Sehnsucht, mit Hilfe Gottes die Erfüllung des Ich zu erringen.

Was bedeutet aber dieser Begriff des Gattungswesens Mensch des genaueren? Erstens, dass der Mensch seinem ganzen Wesen nach auf den Mitmenschen bezogen ist; zweitens, dass die Zugehörigkeit zur menschlichen Gesellschaft nur dann zu wirklich erotischen Beziehungen zwischen den Individuen führt, wenn ausser der biologisch bedingten Liebe Philosophie und Kunst zu den vornehmlichsten Inhalten dieser Beziehungen werden.

In der Theorie von Marx drückt sich die perspektivische Ansicht aus, dass je mehr der Mensch als Mensch sich philosophische und künstlerische Inhalte aneignet, desto mehr entwickelt er sich vom blossen Objekt der Geschichte zu ihrem Subjekt, desto mehr wird er wieder zu dem, was er «ursprünglich» gewesen ist, ein als erotisch definierbares «Gattungswesen».

## Die Formen der Emanzipation

Marx identischer Begriff des Erotischen und der Philosophie drückt sich in folgenden Darstellungen aus: Alle repressionslose Tätigkeit ist Freiheit und Hervorbringung von Schönheit; Alle Schönheit drückt sich aus in der Identität von Tätigkeit und Libido<sup>3</sup>; Diese Identität ist «Spiel». Spiel ist Selbstverwirklichung. Dieses mit der Selbstverwirklichung identische Spiel findet seinen höchsten Ausdruck in der Philosophie und in der Kunst.

Um den Zusammenhang ganz zu verstehen, müssen wir den Begriff der Tätigkeit differenzieren. Die Arbeit ist für Marx ihrem ursprünglichen philosophischen Prinzip gemäss «bildendes, formierendes Tun», d.h. «Freiheit», da das Individuum in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit auch das «Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit» hat. Deshalb also Selbstverwirklichung, reale Freiheit, deren Aktion eben die Arbeit ist. Erst unter den Formen als Sklaven-, Fron- und Lohnarbeit erscheint Arbeit stets als äussere Zwangsarbeit und ihr gegenüber die Nichtarbeit als Freiheit und Glück. In diesem auf dem Begriff der freien Tätigkeit, des «Spiels» basierenden erotischen Optimismus von Marx kommt die dialektische Komponente des «Gattungswesens» Mensch deutlich zum Vorschein, nämlich das Subjekt.

## Erotischer Optimismus

Im Mittelpunkt der menschlichen Emanzipation bleibt perspektivisch bedeutsam das von Marx mehrfach erwähnte «Spiel» mit den physischen und geistigen Lebenskräften. Der «spielende» und, damit identisch, erotische Mensch stellt theoretisch-philosophisch wie



Das Buch «Eros und Politik» ist mit Bildern und Grafiken des Künstlers Thomas J. Richter illustriert

praktisch die höchste Ausdrucksform der menschlichen Emanzipation dar. Die Voraussetzung hierfür bildet die relative, weil auch da bis zu einem gewissen Grade der «Notwendigkeit» unterworfenen, Befreiung vom ökonomischen Zwang. Das bedeutet aber nicht die Aufhebung aller Tätigkeit oder Arbeit, im Gegenteil: Die auf ein erotisches Ziel gerichtete tätige Anstrengung verdrängt zwar weitgehend die Anstrengung der repressiven Arbeit, die von der antagonistischen Gesellschaft dem Individuum aufgezwungen wird, bleibt aber auch im Bereich der freien menschlichen Emanzipation Anstrengung. Deshalb fügt Marx in den «Grundrissen» gelegentlich der Erwähnung des «Spiels» hinzu, dass es den «verdammtesten Ernst» und die «intensivste Anstrengung» erfordert.

Um diese emanzipierten, erotischen Beziehungen geht es Marx in seiner Befreiungstheorie. Beziehungen, die, wie wir gesehen haben, die Philosophie und die Kunst zum vornehmsten Mittel zu machen bestrebt sind (z.B. in der Pädagogik). Doch Marx unterstreicht, dass «die Konstruktion der Zukunft oder das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache ist». Es macht jedoch einen wesentlichen Unterschied aus, ob man, wie dies die vorwissenschaftlichen Sozialisten und Utopisten gewollt haben, «einen vollkommenen Idealzustand der Menschheit» erstrebt, oder der Klassengesellschaft Ewigkeitswert zuspricht und sie auf diese Weise utopisch idealisiert. Die bisherigen sozialistischen Umwälzungen haben entweder in dafür nicht geeigneten vorkapitalistischen oder in zwar vordem kapitalistischen, aber durch den Krieg zerstörten Ländern stattgefunden.

Erst die Stufe der menschlichen Emanzipation macht jenes erotische «Tauschverhältnis» zwischen den Menschen möglich, die es Marx erlaubt zu formulieren: «Setze den Menschen als Menschen und sein Verhältnis zur Welt als ein menschliches, so kannst du Liebe nur gegen Liebe austauschen, Vertrauen nur gegen Vertrauen». Es gibt Grund zur Hoffnung.

<sup>1</sup> Eros = Griechischer Gott der Liebe (Mythologie); Drang nach Erkenntnis und schöpferischer geistiger Tätigkeit (Philosophie); Lebenstrieb, einer der zwei Haupttriebe der Freud'schen Psychoanalyse. Vereinfacht wird die Erotik von Sexualität und Liebe insofern unterschieden, als Sex die trieb- und körpergesteuerte, Liebe die emotionale und die Erotik die psychologisch-geistige Anziehung zu einer anderen Person bezeichnet. Eros ist auch die Energie, die belebend in nicht-sexuelles Erleben und Handeln eingeht.

<sup>2</sup> Die hier dargestellten Gedanken sind entnommen aus Artikeln von Heike Friauf, Leo Kofler und Werner Seppmann in: Eros und Politik, Bonn 2008, ISBN 978-3-89144-408-5

<sup>3</sup> Begehren, Sexualenergie.

# Sex spielt eine Rolle

**PORNOGRAPHIE TEIL II Viele Theorien untersuchen Sexualität und Gesellschaft im Zusammenhang. Wir stellen zwei Strömungen vor und gehen der schwierigen Frage nach, welche Rolle Sexualität im Kapitalismus spielt.**

(az) Sex ist ein Grundbedürfnis. Um dieses Bedürfnis zu erfassen, müssen wir von Gegenständlichem ausgehen, beim Mensch vielleicht von der Materie aus Fleisch und Blut. Wie sich Menschen aber verhalten, wie sie ihr Leben gestalten und wie sie Sex haben, ist gesellschaftlich bedingt. Wenn wir die gesellschaftliche Dimension betonen, bedeutet das demnach nicht, dass wir die materielle Dimension leugnen wollen, im Gegenteil. Vielmehr geht es uns darum, gegen einen bürgerlichen Gemeinplatz zu kämpfen, der das «Natürliche» als billige Erklärung heranzieht: Diese «Natürlichkeit» beinhaltet zum Beispiel, dass die Geschlechterrollen angeboren sind, dass der Mensch heterosexuell ist, dass die Frau nur einen einzigen Menschen als Liebespartner haben kann, usw. Das Leben des Menschen in einer Klassengesellschaft und seine Sozialisation spielt bei der Argumentation mit dem «Natürlichen» eine Nebenrolle.

Die Gesellschaft wird gestaltet durch die Menschen, die auf eine bestimmte Art produzieren und sich reproduzieren. In der kapitalistischen Gesellschaft wird gesellschaftlich produziert und privat angeeignet. Die Reproduktion, die ganze Arbeit im Sorge und Pflegebereich, wird privat und unbezahlt geleistet: Es besteht der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Reproduktion. Was hat dies mit Sex zu tun? Der Produktionsweise liegen Arbeitsteilungen zugrunde. Arbeitsteilungen zwischen Kopf und Handarbeit, zwischen Nationalitäten, zwischen Frau und Mann, usw. Diese Arbeitsteilungen wirken sich auf alle Bereiche des Zusammenlebens der Menschen aus. So auch auf Sex und seine Darstellungen. An dieser Stelle wollen wir zwei theoretische Vorschläge über die Rolle von Sex im Kapitalismus anschneiden.

## Sex muss befreit werden

Der erste Vorschlag kommt um 1900 von Sigmund Freud und wurde von Wilhelm Reich in den 30er Jahren aufgegriffen. Wir können deren ausgefeilten Theorien hier nicht vertieft darstellen. Aber einen Punkt daraus wollen wir aufgreifen: Die Kernaussage, dass Sexualität unterdrückt wird. Sex erscheint als etwas Natürliches, das durch den Kapitalismus reglementiert, verboten und zerstört wird. Sie geht davon aus, dass jeder Mensch ein starkes sexuelles Begehren hat und Sex eine Hauptenergiequelle in unserem Leben ist. Nach Freud werden neurotische Entwicklungen (die er als Arzt behandelte) durch bestimmte Verarbeitungsformen der Sexualität verursacht, die dem Bewusstsein nicht zugänglich sind. Wird sie also in Taten unterdrückt und in Worten tabuisiert, dann hat das Folgen auf die Entwicklung des Menschen. Reich hat – in umstrittener Weise – einen Punkt von Freud weitergeführt und die unterdrückte Sexualität mit dem Kapitalismus zusammen untersucht. Die Befreiung der Sexualität hat in der Theorie von Reich eine Kampfkraft gegen den Kapitalismus. Freud ging von den bürgerlichen patriarchalen Verhältnissen seiner Zeit aus, und er stellte in seiner Theorie diese Verhältnisse auch nicht in Frage. Damit lieferte er ein genaues Bild bürgerlicher Ideologie, bot aber nichts, um diese aufzubrechen. Zugespitzt gesagt: Der «Mensch» war bei ihm der Mann. Auch für Reich waren deshalb die Wege der Befreiung für Frau und Mann gleich. Welche Bedeutung diese Theorie auf die Bewegungen hatte, vor allem wie die aufkommende Frauenbewegung in den 70er Jahren diese Vorstellungen kritisierte, erfahren wir im dritten Teil dieser Serie.

## Vom Sex müssen wir uns befreien

Als zweiten theoretischen Vorschlag setzen wir uns mit Michel Foucaults Entwürfen aus den 70er Jahren auseinander, die auch in heutigen Gesellschaftstheorien eine grosse Rolle spielen. Die Frage, die Foucault in allen seinen Schriften umtreibt, ist jene der Macht und weshalb die Macht so problemlos ausgeübt werden kann. Ihn interessieren Herrschaftsmechanismen. In ausführlichen Analysen legt er dar, dass der moderne, vom Kapitalismus erzogene Mensch sich Normen einverleibt hat, die ihn anleiten werden, in vorausgehendem Gehorsam das «Richtige» zu denken und zu fühlen. Auch die verbreitete Sicht auf die Sexualität ist so eine Norm, mit der sich die Menschen beherrschbar machen. Sexualität ist bei Foucault darum ein Herrschaftsinstrument. Foucault widerspricht der Vorstellung von Freud oder Reich, dass Sexualität in der bürgerlichen Gesellschaft einfach unterdrückt werde. Vielmehr bedeutet gerade die verklemmte Sexualmoral, der puritanische Mief, eine bestimmte Art, wie Sexualität überhaupt erstproduziert wird. Sexualität wird im bürgerlichen Spiesertum nicht einfach totgeschwiegen, sondern geradezu



Künstlerin Valie Export: «Aktionshose: Genitalpanik», 1969, Aktion gegen Geschlechterrollen

besessen immer wieder neu zum Thema gemacht. Die Forderung von Reich und Freud nach der «Befreiung der Sexualität», kehrt sich bei Foucault, in «Befreiung von Sexualität».

## Macht gegen Herrschaft

Bei Foucault wirkt die Macht nicht mehr von oben nach unten mit Autorität und Strafe, sondern über Werte und Normen, von innen nach aussen und in die Gegenrichtung. Lenin nannte das den «geistigen Stock», der die Menschen zur «freiwilligen» Unterwerfung bringt: eine Freiwilligkeit natürlich, die vor dem Hintergrund geschieht, dass man gar keine andere Wahl hat. Trotzdem ist nach Foucault jedes Individuum selbstverantwortlich in seiner Unterwerfung. Diese Betrachtungsweise setzt Subjekte voraus, die aktiv sich selbst unterwerfen, indem sie die herrschenden Werte und Normen reproduzieren. Herrschaft kann man als die Möglichkeit verstehen, jemanden – eine Person, aber auch eine Klasse – zum Gehorsam zu zwingen. Versteht man es so, kann sich Macht als Gegenmacht gegen Herrschaft richten. Das heisst auch, dass die Beherrschten sich aktiv gegen die Herrschaft einer Klasse über die andere richten und sich als unterdrückte Klasse Macht aneignen können. Foucault jedoch setzt Macht gleich Herrschaft. Der Unterschied, dass Herrschaft ein Verhältnis beschreibt und Macht sich gegen Herrschaft richten kann, interessiert Foucault nicht. Aber wäre nicht gerade das Voraussetzung für den einzelnen proletarischen Menschen, sich gegen die Bedingungen, die ihn unterdrücken zu wehren, um eine andere Perspektive entwickeln zu können?

## Liberaler Markt und bürgerliche Geschlechterordnung.

Am Beispiel der Ehe und Kleinfamilie als Geschlechternorm lässt sich gut aufzeigen, wie der Kapitalismus sich neue, emanzipierte Formen zu eigen macht. Wenn in den 70er Jahren die Angst vor der Zerstörung der Kleinfamilie und der Ehe gross war, werden heute andere Formen des familiären Zusammenlebens akzeptiert. Der Kern, die private und unbezahlte Reproduktionsarbeit, muss geleistet werden, egal ob in traditioneller Kleinfamilie oder in der Patchworkfamilie, Single oder in der gleichgeschlechtlichen Ehe. In diesen neuen Formen könnte Befreiungspotenzial liegen. Das dachten damals auch Millionen Frauen auf der ganzen Welt, als sie gegen das Gefängnis der Ehe auf die Strasse gingen. Jedoch bedeutet die Befreiung von alten Fesseln, auch

neue Fesseln. Und gleichzeitig sind die alten Fesseln noch vorhanden, denn die Frage der Reproduktion ist immer noch eine Frauenfrage. Früher: lebenslang verheiratete Hausfrau plus Erwerbsarbeit. Heute: Alleinerziehend, Single, Selbstmanagerin in der bezahlten und unbezahlten Arbeit.

## Und die Pornographie?

Durch die wachsende Anerkennung feministischer Kritik, eine Ausweitung des Marktes auf Paare und dem erschwinglichen Videogerät zu Hause, wurde Pornographie in den 70er Jahren gesellschaftsfähig. Heute wie auch schon damals zieht sich der Staat als reglementierende Instanz immer weiter zurück. Das Verboten wird verboten. Durch das Medium Internet ist ein Verbot auch nicht mehr möglich. Der Markt ist riesig und unüberschaubar. 1998 hat «The Economist» den weltweiten Handel mit Pornographie auf rund 20 Milliarden Dollar Umsatz im Jahr geschätzt. 2006 gab es durch das Internet einen grossen Einbruch. DVD-Verkäufe sind um 30% gefallen. Die Konkurrenz im Internet ist gross. Die Pornoanbieter profitieren von den Möglichkeiten und fühlen sich gleichzeitig bedroht von den Mitmachplattformen wie Xtube oder Youporn, auf denen private Filme hochgeladen werden. Die Jagd nach neuen Märkten

ist stetig. Pornographie ist wie alles andere im Kapitalismus in erster Linie eine Ware, die abgesetzt werden muss. Frauen als Produzentinnen und Konsumentinnen sind deshalb eine logische Folge der Geschichte des Pornos. Aber weil dabei Pornographie ein Genre ist, das Sexualität thematisiert, lässt sich fragen, ob es Räume zur Abbildung und Entfaltung von verschiedenen sexuellen Praxisformen eröffnen könnte. Um diese Frage geht es im nächsten Teil dieser Serie.

Der nebenstehende Artikel «Sex spielt eine Rolle» ist der zweite in einer dreiteiligen Serie. Er behandelt brennende Fragen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist nicht leicht, eine marxistische, revolutionäre Position dazu zu entwickeln. Dem entsprechend betrachten wir die darin geäusserten Gedanken auch nur als tastende Versuche auf dieses Ziel hin. Die Auseinandersetzungen mit Sigmund Freud, Wilhelm Reich und Michel Foucault müssten vertiefter geführt werden, was den Rahmen einzelner Zeitungsartikel sprengt. Längst nicht alle Mitglieder unserer Organisation teilen den methodischen Zugang, wie er in diesem Artikel versucht wird. So findet eine andere Position, dass es für MarxistInnen beispielsweise keine «Sünde» ist, eine «Ursprünglichkeit», eine «Natur des Menschen» in den Blick zu nehmen. Es gehört zur Natur des Menschen in jeder Gesellschaft, dass er sich die Natur durch Arbeit aneignen muss, auch im Kommunismus. Es gehört zu seiner Natur, dass er auf irgendeine Weise triebhaft ist und dass die Sexualität auch der Fortpflanzung dient, sonst würde die Menschheit aussterben. Das heisst nicht, dass wir nicht-heterosexuelle Orientierungen als solche für abartig oder krank halten würden. Eine unserer Parolen in diesem Zusammenhang heisst «Gegen Rassismus und Homophobie». Aber es heisst, dass gesellschaftliche Verhältnisse und Widersprüche die «Natur des Menschen», sein Erleben und Verhalten, formen, prägen und vor allem auch «deformieren» und in den Dienst der Ausbeutung und der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise stellen. Wie sie das tun und welche «Waffen» wir dagegen haben, bleibt einstweilen umstritten.

# Arbeitslose: Opfer statt Faulpelze!

**ARBEITSLOSIGKEIT Mitten in der Krise will das Parlament die Leistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) kürzen. Die Erwerbslosen sollen den Schuldenberg der ALV auf ihrem Buckel abtragen. Laut werden Argumente, welche den Arbeitslosen vorwerfen, faul und zu wenig flexibel zu sein. Doch Arbeitslosigkeit hat in den wenigsten Fällen mit persönlichem Verschulden zu tun.**

(agw) Mit der vierten ALV Revision sollen die derzeitigen Schulden von rund 6 Milliarden Franken abgebaut werden. Vorgesehen ist vor allem eine Kürzung der Bezugsdauer von jungen Arbeitslosen. Diese stehen am meisten im Verdacht, sich nicht genügend um eine Arbeit zu bemühen. So erklärte beispielsweise der SVP-Jungpolitiker Lukas Reimann im «10 vor 10»: «Bei den Jungen gibt es viele, die nach der Ausbildung einfach so mal auf Kosten der ALV leben.»

## Neoliberaler Sozialabbau

Schon seit Beginn des Kapitalismus stehen Arbeitslose unter dem Generalverdacht, faul zu sein. Sie seien zu wenig flexibel und deshalb auch selbst schuld an ihrer Situation. Dies ist auch oft das Hauptargument, wenn es darum geht, die Sozialleistungen für Arbeitslose runterzuschrauben.

Solche Sozialabbaumassnahmen wurden in den Industriestaaten vor allem nach dem Ende des Wirtschaftsaufschwungs der 50er und 60er Jahre lanciert. Ein prominentes Beispiel ist die Abbauoffensive durch die ehemalige Premierministerin Englands Margaret Thatcher in den 80er Jahren. In der Schweiz sind solche bürgerlichen Bestrebungen vor allem seit Beginn der 90er Jahre feststellbar. Der jüngste Angriff auf die Arbeitslosenversicherung steht also einerseits in einem längeren Kontext von Attacken auf die Sozialleistungen, andererseits ist es auch kein Zufall, dass er gerade in einer Zeit kommt, da sich die Krise des Kapitalismus verschärft. Neben den konkreten Kosteneinsparungen für den bürgerlichen Staat wird mit einer Verschlechterung der Bedingungen Arbeitsloser auch gleichzeitig das Heer einer industriellen Reservearmee sichergestellt. Dies erlaubt es den Kapitalisten wiederum, auch weitere Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der noch Beschäftigten zu starten.



Bald weder Job noch Arbeitslosengeld?

## Aus der Krise geboren

Die heutige Form der obligatorischen Arbeitslosenversicherung wurde 1976 in die Wege geleitet. Vorher führten lediglich einzelne Kantone öffentliche Kassen. Die meisten Versicherten waren jedoch bei Gewerkschaften registriert. Die Einführung der gesetzlichen ALV erfolgte also während der weltweiten Rezession welche ab 1974 auf den Jahrzehnte andauernden Nachkriegsboom folgte. Während den Aufschwungsjahren herrschte hierzulande Vollbeschäftigung und so interessierte sich niemand für eine Entschädigung im Falle einer ungewollten Erwerbslosigkeit. Die Krise der 70er Jahre traf die Schweiz dann aber hart. Rund 11 Prozent der produktiven Arbeitsplätze gingen verloren. Erstaunlicherweise schlug sich dieser radikale Einbruch des Arbeitsmarktes nicht sofort in den Statistiken nieder. Grund dafür sind die ausländischen Arbeiter unter den damaligen Entlassenen, welche wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten. So wurde die Arbeitslo-

sigkeit exportiert. Auch Frauen und Jugendliche zogen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück, und fielen so aus der Statistik.

## Strukturelles Problem

Erst seit Beginn der 90er Jahre ist statistisch eine zunehmende Erwerbslosigkeit bemerkbar. Erstmals nach dem zweiten Weltkrieg lässt sich in der Schweiz wieder eine strukturelle Arbeitslosigkeit um ca. 3.5 Prozent beobachten. Das bedeutet, dass seither trotz der neu geschaffenen Stellen im Dienstleistungsbereich wieder ein permanenter relativer Überschuss an Arbeitskräften besteht, welche der Arbeitsmarkt nicht zu absorbieren vermag. Deren Fähigkeiten liegen so unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen ungenutzt brach. Hier wird klar, dass Arbeitslosigkeit mehrheitlich kein individuelles Versagen darstellt, sondern mit den Schwankungen des Marktes steigt und fällt.

# Die Grünliberalen - eine Mogelpackung?

**INNENPOLITIK Die Grünliberale Partei wird als Siegerin der Zürcher Gemeinderatswahlen gehandelt. Grund genug, sie ein wenig unter die Lupe zu nehmen.**

(gpw) Die Grünliberale Partei (GLP) entstand 2004 im Kanton Zürich aus der Abspaltung von den Grünen Zürich, welche den Grünliberalen zu links geworden war. National wurde sie 2007 gegründet. Im Nationalrat ist sie derzeit mit Martin Bäumle, Tiana Moser und Thomas Weibel und im Ständerat mit Verena Diener vertreten.

Die Grünliberalen verstehen sich als eine Partei in der Nähe der CVP und der EVP. Sie wollen eine bürgerlich-liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden. Sie denken, dass man der Wirtschaft gewisse Rahmenbedingungen setzen kann, so dass sie sich ökologisch verhält. Die Ökologie sei am effizientesten, wenn sie ökonomisch sei, sie müsse jedoch ihren Preis bekommen, meint Martin Bäumle, der Präsident der Partei (Interview Swissinfo 4. Juli 2007). Tiana Moser bläst ins gleiche Horn. Sie schrieb im «Tages-Anzeiger», dass als Regulativ eine Energiesteuer anstelle einer Mehrwertsteuer einzuführen sei. Man brauche Kostenwahrheit, um die Nachfrage in Grenzen zu halten. Die Preise der Mobilität und vieler Konsumgüter seien weit von den realen Kosten entfernt (TA vom 12. März 2010).

In Winterthur bildet die GLP mit der Piratenpartei, die sich als Vertreterin der «digitalen Generation» sieht, neu eine Fraktion. Sie ist offenbar bemüht, auf jüngere Leute attraktiv zu wirken. Ihre Positionen sind jedoch nicht viel anders, als diejenigen der etablierten Parteien.

## Nationale Steuern sind keine Lenkungsinstrumente

Steuern als marktwirtschaftliche Umweltschutz-



Wohin führt der Weg, GLP?

massnahmen müssen nicht lenkend wirken, wie sich an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe zeigt, welche noch nie als Lenkungsinstrument dienen konnte. Für InvestorInnen spielen andere Faktoren eine grössere Rolle. Die Forschung, Entwicklung und Herstellung ökologischer Produkte ist kapitalintensiv und der Profit kurz- und mittelfristig noch nicht in jedem Fall lohnend oder sicher voraussehbar. Erst wenn etwa ein weiterer Preisanstieg fossiler Energieträger, insbesondere des Erdöls, die Produktionskosten global in die Höhe treibt, könnten die KapitalistInnen zu einem Umstieg gezwungen sein. Auf diese weltweite Preisentwicklung hat eine nationale Energiesteuer keinen Einfluss.

Eine solche Steuer würde im Vergleich zur Mehrwertsteuer zu einer gewissen Umlagerung der Kosten führen. Ob die von der GLP propagierte Entlastung zahlreicher Haushalte und KMUs erreicht werden könnte, erscheint aber fraglich - auch wenn eine derar-

tige Wirkung als Tagesziel wünschenswert wäre. Denn, wenn Mobilität und Konsumgüter entgeltlich über den Mehrwertsteuersatz hinaus verteuert werden, tragen alle diese Mehrkosten mit - auch die Haushalte mit kleinerem Budget.

## Eine Politik für zahlungskräftige Personen

Entscheidend ist freilich, dass eine Ökologie, die im bürgerlichen Sinn ökonomisch bleiben soll, der arbeitenden Bevölkerung grundsätzlich nicht weiter hilft. Sie bringt den Lohnabhängigen weder genügend Arbeitsplätze, noch höhere Löhne oder weniger Ausbeutung. Um diese Ziele zu erreichen, bräuchte es revolutionäre strukturelle Veränderungen. Auch die Förderung ökologischen Bewusstseins unterstützt die Politik der GLP nur bedingt. Leute mit kleinerem Geldbeutel können es sich häufig nicht leisten, sich ökologisch zu verhalten und es vielfach gar nicht so sehr beeinflussen, wie etwa beim Arbeitsweg oder dem alten Kühlschrank in der Mietwohnung.

Die GLP nimmt auch in anderen Fragen eine für ArbeiterInnen feindliche Haltung ein. Sie befürworteten die Revision des Arbeitslosengesetzes, welches gerade bei jungen Leuten massive Leistungskürzungen und längere Arbeitswege vorsieht, oder die 5. IV-Revision, welche eine Eingliederung gesundheitlich beeinträchtigter Personen in den Arbeitsprozess postuliert, ohne für genügend Arbeitsplätze zu sorgen. Der Staat soll die Eigenleistung, das Verantwortungsbewusstsein und die Nachbarhilfe fördern, und staatliche Unterstützung soll mit Blick auf die Hilfe zur Selbsthilfe wahrgenommen werden, schreiben sie in ihrem Programm. Das bedeutet, dass die GLP alles daran setzt, in existenziellen Fragen die Kosten möglichst zu privatisieren. Auch damit vertreten sie keine Interessen der ArbeiterInnenklasse.

## UNVERBREITETE NACHRICHTEN

## Aktion gegen das spanische Konsulat

Mit brennenden Containern schicken wir flammende Grüsse an die politischen Gefangenen der GRAPO, PcE(r) und das im Kampf befindende baskische Gefangenenkollektiv. Grüssen tun wir auch: Marco Camenisch. Marco Libero! (und) das Knastkollektiv AURORA der politischen Gefangenen Pc p-m in Italien. (...) Internationale Solidarität ist unsere Waffe! - DRINNEN WIE DRAUSSEN! (Zürich, 29./30.3.2010)  
Zu sehen ist die Aktion auf: <http://www.youtube.com/watch?v=aiC5xkFeRkQ>.

## Solidarität mit SEGI!

Wandbild am oberen Letten Zürich (30.12.2009). In Solidarität mit unseren GenossInnen der baskischen Jugendbewegung, welche in den vergangenen Wochen massiv mit der Repression der spanischen Klassenjustiz konfrontiert wurden. Der Kampf für Befreiung und Sozialismus geht weiter!



## ORS - Scheiben kaputt

(März 2010) In der Nacht von Donnerstag auf Freitag, ein Tag nach dem Tod eines Ausschaffungshäftlings in (Zürich-)Kloten, sind ca. 5 Fenster beim Hauptbüro der ORS (Privatfirma und Verwalterin des Transit-Gefängnisses) zerschlagen worden.

## Farbe gegen SD

In der Nacht vom 6. auf den 7. März haben wir farbige Grussbotschaften bei der Wohnung von SD-Stadtratskandidat Walter Wobmann (Regensbergstr. 210) und bei der SD-Wahlfeier-Beiz (Restaurant Falken, Birnensdorferstr. 150) hinterlassen, um zu zeigen, dass wir rechtsextreme Propaganda nicht hinnehmen. In Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen versuchen rechte und rechtsextreme Parteien immer wieder, Nationalismus und Rassismus zu schüren. (...) Indem sie MigrantInnen und «Finanzjongleure» als die Urheber der jüngsten Krise des Kapitalismus betitelt, versucht die SD aber auch über systemische Ursachen der Krise hinwegzutäuschen. Damit lenkt sie von der Tatsache ab, dass die eigentlichen Grenzen in der Gesellschaft nicht zwischen Nationen, sondern zwischen Arm und Reich verlaufen. Wir lassen uns eine solche Politik nicht gefallen, weder heute noch morgen! Gegen Rassismus und Nationalismus! Für eine solidarische und klassenlose Gesellschaft! Für die soziale Revolution!

## Farbanschlag in Zug

Heute Nacht (08./09.02.2010) haben wir die UBS in Zug mit Farbe angegriffen. Die UBS als Symbol der Krise und des Kapitalismus, der uns täglich unser Leben klaut. (...) Und daneben schiebt man den grossen Banken Milliarden an Finanzhilfe in den Arsch. Der Kapitalismus wird auch weiterhin aus seine brutaler Art «funktionieren», natürlich begleitet von Krieg, Zerstörung, Ungerechtigkeit und grossen Krisen. Und weiterhin wird uns jeden Tag weisgemacht, dass es das beste System für uns sei und es immer sein wird, dass wir uns dem System fügen und am besten einfach funktionieren sollen. Doch wir wollen eine Veränderung! Eine, in der wir besser und schöner leben können! Wir werden das nicht länger hinnehmen! FIGHT CAPITALISM - ANOTHER WORLD IS POSSIBLE!

## Der Kampf um proletarische Kultur

**HIP HOP Kultur ist einer der Bereiche, wo der Klassenkampf intensiv geführt wird. In der proletarischen Kultur kommen oft Bedingungen zur Sprache, die als ungerecht erlebt werden. Der Kapitalismus als System bemüht sich aber in der proletarischen Kultur an Einfluss zu gewinnen, um die Werte und Ideen, die mit der Kultur übermittelt werden, bestimmen zu können und – natürlich – um aus der proletarischer Kultur Profit zu schlagen.**

(agi) Der Klassenkampf umfasst viele Themen, wie Antifa, Internationalismus oder Frauenkampf, welche verschiedenartig aufgegriffen werden. Durch eine revolutionäre Theorie und Praxis in den verschiedenen Bereichen des Klassenkampfes soll immer versucht werden, die bürgerliche Hegemonie zu brechen und eine kommunistische Alternative aufzuzeigen. Kurz: Es geht um den Aufbau von Gegenmacht.

### Klassenkampf in der Musik: Hip-Hop ende der 70er Jahre

Auch in der Kultur tobt der Klassenkampf: Beispielhaft dafür, wie der Kapitalismus proletarische Kultur übernimmt und verwertet, ist die Hip-Hop-Kultur. Ursprünglich entstanden ist der Hip-Hop in den 1970er Jahren in den afroamerikanischen Vierteln von Grossstädten in den USA. Geprägt von der rassistischen Unterdrückung und den miserablen ökonomischen Bedingungen der AfroamerikanerInnen, entwickelte sich eine eigene, kämpferische Kultur, die aktuelle Themen aufgriff und einen selbstbestimmten Raum öffnete, wo Kritik entwickelt und anderen mitgeteilt wurde. Hip-Hop war mehr als nur DJing, Rap, Graffiti und Beatboxing!

### Kommerzialisierung des Hip-Hop

Als die Hip-Hop-Kultur an Bedeutung zunahm, witterten Kapitalisten (in diesem Falle vertreten durch Musiklabelmanager) die Möglichkeit: Sie mischten sich mit dem Ziel ein, möglichst viel Profit zu machen. Und da es die Musiklabelmanager nicht sonderlich mögen, wenn «ihr» Kapitalismus und seine Ausgeburten kritisiert werden, sorgten sie auch gleich für neue Inhalte. Themen wie rassistische Bullen oder manipulierende Medien waren jetzt nicht mehr angesagt. Neu ging es um Statussymbole! Keine Thematisierung der Solidarität und des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung mehr, sondern grosse Autos, schöne Frauen, Waffen und Gangkämpfe.

Zum Glück gibt es aber immer noch kritische und kämpferische Gegenbeispiele. Aber die kritischen und kämpferischen Acts bekommen meistens keine Unterstützung von den grossen Labels und somit nicht die Möglichkeit ihre Musik und Message zu verbreiten.

### Gegenmacht aufbauen

In diesem Artikel liegt der Hauptfokus auf der Hip-Hop-Kultur. Generell ist es aber wichtig die Kultur als Bereich des Klassenkampfes zu erhalten und zu fördern. Fortschrittliche Kreise in jedem Bereich der Kultur sollen wenn möglich unterstützt werden, um auch in der Kultur eine revolutionäre Gegenmacht aufzubauen. Das kann geschehen, indem eigene Räume geschaffen werden, wo Partys gefeiert werden, die nicht durch hohe Preise und Sicherheitsleute charakterisiert sind (wie zum Beispiel die Molotow-Partys der Revolutionären Jugend Zürich). Oder indem man sich mit der Ästhetik des Klassenkampfes beschäftigt und die Erkenntnisse auch praktisch anwendet. Oder indem neue Formen der Propaganda gefunden werden, die durch ihre Originalität die inhaltlichen Aussagen einprägen. Die revolutionäre Präsenz soll in der Stadt ja auch sichtbar sein!

Zum Reinhören: [www.myspace.com/immortaltechnique](http://www.myspace.com/immortaltechnique), [www.deadprez.com](http://www.deadprez.com)

## KOMMENTAR

## Die Bauern von Exluatazzen

Sagen wir, es war einmal vor langer Zeit im fernen Königreich Exluatazzen, da herrschte ein König mit seinen Fürsten und Grafen über das einfache Bauernvolk. Eigentlich wurde genug zu essen produziert, an Handwerks Gütern fehlte es nicht. Trotzdem hatte das Bauernvolk sehr wenig zu essen: Jeweils am Ende des Monats hatte jede Bäuerin, jeder Bauer den Adligen den erarbeiteten Ertrag abzuliefern. Nur soviel, wie die geplagten Bauern dann zum Leben brauchen – aber auch nicht mehr – durften sie behalten, damit sie noch weiterhin arbeitsfähig bleiben konnten.

Die Adligen verfügten dann, abgeschottet vom Volk in ihren Burgen und Schlössern, über den Ertrag. Sie verkauften es, um sich neue Ländereien hinzuzukaufen, oder sie versoffen und verfrassen es an ihren Festen.

Nun war es auch so, dass der König seinen Grafen und Fürsten jeweils einen Teil des Ertrags vermachte, weil sie schliesslich dafür sorgten, dass die Bäuerinnen und Bauern ihren Ertrag abliefern und dieser Ertrag auch genug hoch war. Die Höhe dieser Vermächtnisse war für das Bauernvolk unverstellbar, denn sie bekamen ja nur das Lebensnotwendige und manchmal nicht einmal das. Sie waren aber nur ein kleiner Teil dessen, was die Fürsten und Grafen durch ihr Abschöpfen des Ertrags insgesamt einnahm-

men. «Unmoralisch und ungerecht!» dachten sich die Bauern trotzdem, dass diese so viel bekämen und sie so wenig.

Als dann gerade eine Hungersnot ausbrach, so dass die Bauern nicht genug zu Essen hatten, jedoch der König und die Fürsten weiterhin ihre Ernten abschöpften, wurden sie wütend und beschlossen, sich zu wehren. Doch statt das System an sich anzugreifen, welches sie zwang, ihren Ertrag abzuliefern, forderten sie lediglich, dass sie weniger Ertrag abliefern mussten und die Fürsten und Grafen nicht mehr so viel vom König vermacht bekämen. Einige forderten sogar, dass die Höhe der Vermächtnisse nicht mehr als das Zwölfwache von ihrem Anteil des Ertrags betragen dürfte...

Die Könige und Grafen jedoch wussten, was es zu bewahren galt: nicht die Höhe der Vermächtnisse, sondern das System des Abschöpfens und Ausbeutens überall. So machte er dem Bauernvolk diesbezüglich Zugeständnisse, damit diese beruhigt waren... Und wenn die Bauern nicht gestorben sind, liefern sie ihren Ertrag noch heute dem König und den Grafen ab...

Nun, diese Geschichte sollte – wenn auch nicht genau – so doch einige Parallelen zur heutigen Gesellschaft haben: auch wir leben in einer Gesellschaft, in welcher die Ausbeutung, die Abschöpfung von Arbeitskraft das bestimmende Moment ist; auch viele heute sind sich dessen, oder der Veränderbarkeit dessen kaum bewusst; auch heute will man eher im System etwas verändern (Reformismus) als das System zu verändern (Revolution). (agkk)

# Griechenland: Modellfall kapitalistischer Krisenpolitik

**KRISEANALYSE Die Kämpfe in Griechenland richten sich gegen ein EU-Diktat zum Schuldenabbau auf dem Buckel der Bevölkerungsmehrheit. Griechenland ist Modellfall nicht nur für die Fehlkonstruktion des Euro, sondern auch für weiteren Runden in der Politik der leeren Kassen.**

(gpw) In Griechenland gab es seit dem 17. Dezember 2009 fünf Generalstreiks. Daran beteiligten sich 70 Prozent der bei Strom- und Wasserwerken, Post, Banken und Eisenbahn Angestellten, 90 Prozent der Bauarbeiter und 70 Prozent aller Lohnabhängigen der griechischen Industrie. In etwa 70 Städten des Landes fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt<sup>1</sup>. 50'000 Menschen versammelten sich allein in Athen. Entgegen den Berichten bürgerlicher Medien ausserhalb Griechenlands zeigen Umfragen, dass die Mehrheit des griechischen Volkes gegen das EU-Spardiktat ist. Die 1999 von der kommunistischen Partei Griechenlands gegründete Gewerkschaftsbewegung PAME distanziert sich auch nicht von anderen Kampfmassnahmen wie Werkbesetzungen und wilden Streiks.

Das Spardiktat enthält Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Umfang von 4,8 Mrd. Euro. Der Angriff betrifft den öffentlichen wie den privaten Sektor, und alle Lohnabhängigen, und ihre Familien sowie die RentnerInnen haben darunter zu leiden.

## Tief verankerte Kampftradition

Griechenland hat im Vergleich zu anderen EU-Ländern aus der Sicht des Kapitals einen grossen Nachteil: Es hat eine kämpferische Bevölkerung, gegen welche mit Unterstützung vor allem der USA 1967-1974 eine Militärdiktatur errichtet worden war; im Anschluss daran hatte es während zwei Jahrzehnten eine bewaffnet kämpfende Guerilla gegeben, welche die Sympathie der Mehrheit der Bevölkerung genoss; es hat eine starke, konsequente und kampferprobte Kommunistische Partei, die KKE, die schon den Bürgerkrieg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geführt hatte. Strategisches Ziel sowohl der KKE als auch der PAME ist die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für ein besseres Leben, das nach Meinung der KKE nur in einer sozialistischen Gesellschaft voll verwirklicht werden kann<sup>2</sup>. In Griechenland ist ein Mindestlohn von 1400 (brutto) seit Jahren eine der Hauptforderungen von PAME. Angestellte im öffentlichen Dienst haben durch die Kürzungen in Zukunft 150 bis 200 Euro im Monat weniger in der Tasche. Zwei Prozent Inflation, die schon gültigen Erhöhung der Benzinsteuern und die angedrohte Mehrwertsteuererhöhung drücken noch mehr auf die Reallöhne.

## Kampfansage des Kapitals

Noch stärker als gegenüber anderen Ländern bedeutete der EU-Beitritt und die spätere Einführung



des Euro 2001 eine gezielte imperialistische Kampfansage gegen diese politisierte Bevölkerungsmehrheit. Die internationalen Konzerne erhielten dadurch uningeschränkten Marktzutritt und reduzierten das, was von der griechischen Industrie noch vorhanden war, zur Bedeutungslosigkeit. Innerhalb der «europäischen Arbeitsteilung» soll Griechenland Landwirtschaftsprodukte und Tourismus produzieren. Das antiproletarische Maastricht-Projekt, wonach die Neuverschuldung der Staaten 3 Prozent und die gesamte Staatschuld 60 Prozent des Brutto-Inlandprodukts nicht überschreiten darf, dient in allen Euro-Staaten als Rechtfertigung ihrer Politik der leeren Kassen.

Griechenland hat in den vergangenen Jahren eine Neuverschuldungsrate von 12,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehäuft. Dagegen konnten in den letzten Jahren transnationale Banken und Konzerne Profite von mehreren Hundert Milliarden Euro generieren. Nicht Griechenland ist arm: Nur die große Mehrheit der Bevölkerung ist es.

## Fehlkonstruktion Euro

Als Griechenland seine nationale Währung, die Drachme, zugunsten des Euros aufgegeben hat, beraubt es sich der Fähigkeit zu einer eigenständigen Geldpolitik. In der Krise besteht nicht mehr die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten, um die Exportwirtschaft zu fördern und das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Japans Schulden betragen fast 200 Prozent des BIP, dagegen erscheint die griechische Verschuldung ja noch einigermaßen beherrschbar. Auch in der EU gibt es Staaten, die hoch verschuldet sind: Irland, Belgien, Portugal, Italien, Spanien, Ungarn. Die Neuverschuldung durch die Wirtschaftskrise ist in Japan, Großbritannien, den USA oder Irland viel höher. Griechenland ist nur das Vorspiel für andere Länder an der Peripherie, die bald in den Würgegriff der EU geraten. Im Konkurrenzkampf gegen den Dollar macht es

einen schlechten Eindruck, wenn auf dem Finanzmarkt Wetten über die Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Lands abgeschlossen werden. Die Griechenland-Krise macht deutlich, dass der Euro eine währungspolitische Fehlkonstruktion ist<sup>3</sup>.

Die Maastricht-Kriterien erlangen aber auch aus anderen Gründen wieder erhöhte Aktualität. Bekanntlich haben praktisch alle westlichen Regierungen, aber auch China und andere, neben den Rettungspaketen für Banken Milliardenbeträge für Konjunkturprogramme locker gemacht: Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, Abwrackprämien und nicht zuletzt Rüstungsbeschaffungen dienen dazu, den einbrechenden privaten Konsum zu stützen. Die geplatze Blase privater Kredite wird durch Aufblähung der Staatsverschuldung ersetzt. Das heisst nichts anderes, als dass es immer mehr BesitzerInnen von Staatsobligationen gibt, die gewisse Summen auf den Betrag der Steuern für sich vorwegzunehmen berechtigt sind<sup>4</sup>. Hohe Staatsschulden müssten demnach zu höheren Steuern führen, was in der Konkurrenz unter den «Standorten» der verschiedenen Kapitalfraktionen ein Nachteil ist. Besitzerinnen von Staatsobligationen sind auch die Pensionskassen, welche aus diesen gewissen Summen, die der Staat als Zinsen auf seine Schulden zahlen muss, Renten ausrichten.

Der Refrain des bekannten Liedes ist daher immer der selbe: Schulden müssen abgebaut werden durch Angriffe auf Löhne und Renten sowie rigorose Sparprogramme der Regierungen, wie wir sie im Fall von Griechenland drastisch vorgeführt bekommen.

1) <http://www.jungewelt.de/2010/02-25/065.php>

2) Diese und ein Teil der folgenden Angaben: Ioannis Eleftheridis, Marxistische Aktion Tübingen, [www.marxistische-aktion.de/?page\\_id=99](http://www.marxistische-aktion.de/?page_id=99).

3) wie wir schon bei seiner Einführung vor 12 Jahren feststellten, s. aufbau Nr. 10.

4) Marx, Das Kapital III, S. 493f.

## MERKE!

### 1. Mai - alle sind dabei

Ob Nachrichtendienste, Einsatzleitungen, Greifer oder Filmer, alle schwirren sie am 1. Mai um den revolutionären Treff in Zürich herum.



1 Vor den Motorradfahrenden Filmer sollte man sich besonders in Acht nehmen, da es ihr Job ist, Aktivitäten «in flagranti» festzuhalten. 2 Willi Schaffner, Stapo Sicherheitsdienst, ist u.a. für die Einsatzleitung an der «Front» mitzuständig. Er sucht auch das «Gespräch»: verweigern und nicht vergessen: Bulle bleibt Bulle! 3 In der Mitte: Beni Brack, er ist beim Sicherheitsdienst für Hooliganismus zuständig und ein sogenannter Szenenkenner.

**kommunismus lesen. aufbau abonnieren.**

jahresabo 30 fr.  
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



info@aufbau.org oder www.aufbau.org

**aufbau buchvertrieb**  
**Anlaufstelle**

www.aufbau.org

Kanonengasse 35, 8004 Zürich (im Hinterhaus, Eisentreppe)

**NEUE ÖFFNUNGSZEITEN!**  
Samstag 11.00 - 16.00

lesen + informieren + diskutieren

- Antifaschismus
- Frauenbiografien
- proletarische Romane
- Internationalismus
- Bildbände
- Zeitungen
- Neuerscheinungen
- kommunistische Klassiker
- Broschüren, Flugblätter

## vorwärts- die Waffe für den Klassenkampf



**bewaffne dich mit einem Abo.**

ausschneiden und einsenden an  
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich  
oder elektronisch [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)

- Jahresabo für CHF 160.-       Nichtverdienende für CHF 110.-  
 Halbjahresabo für CHF 85.-       Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Ort:



**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr**

**Die nächsten Daten:  
09.05.2010  
06.06.2010**

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

**TAXI - Magazin für Soziales und Kultur**

[www.strassenmagazin.ch.vu](http://www.strassenmagazin.ch.vu)

**Offen für Texte und Infos....**

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.  
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50  
**Job-Telefon 078 742 28 67**

**Buchhandlung am Helvetiaplatz**

Stauffacherstrasse 60  
8026 Zürich 4  
Telefon 01 241 42 32  
Telefax 01 291 07 25  
[www.helvetiabuch.ch](http://www.helvetiabuch.ch)

**Politik** Von >Adorno bis >Zapata



**Der neue Webauftritt  
der jungen Welt.  
Die ganze Zeitung im Internet.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktsseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

**Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.**



H.R. Breitenmoser  
Landenbergstrasse 10  
CH-8037 Zürich

Tel. 044 272 17 10  
Fax 044 271 77 26

[adag@adagzebra.ch](mailto:adag@adagzebra.ch)

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

# Bagdad oder Baltimore: Mann, das ist Amerika

**THE WIRE** **Seltsam aber wahr: Die beste zeitgenössische TV-Serie ist eine Polizeiserie. Sie zeigt die perspektivlose, harte Wirklichkeit der US-amerikanischen Unterklassen in Baltimore.**

(az) Die Serie funktioniert nicht mit den üblichen Tricks, weder werden Spannungsbögen aufgebaut, die dann erst in der nächsten Folge gelöst werden, noch gibt es sympathische, schöne Menschen, mit denen man sich identifizieren könnte. Trotzdem kann man, wenn man angefangen hat zu schauen, nicht mehr wegschauen. The Wire zieht dich in den Bann, fesselt dich an den TV und es lässt sich zunächst gar nicht genau erklären, weshalb. Die Serie spielt in Baltimore, einer alten, de-industrialisierten und völlig verarmten Hafenstadt an der Ostküste der USA. In der ersten Staffel treffen Polizeibeamte auf Drogendealer, zwei Apparate, die gegensätzlicher nicht sein könnten, sich aber wiederum sehr ähnlich sind.

Der Drehbuchautor David Simons<sup>1</sup> gibt an, er habe eine Serie machen wollen, die wie ein Buch sei: Eine Geschichte, die sich über zwölf Kapitel entwickelt. Dies verlange von den ZuschauerInnen mehr ab, als üblich sei, meint er. Unter anderem das Vertrauen in das Team, dass dennoch eine Geschichte erzählt werde, langsam, aber haltvoll. Das lässt uns die Serie von der ersten Sekunde an spüren: Keine Einstellung ist daneben, kein Blick wirkt aufgesetzt oder zufällig, alles vermittelt uns, dass hier grosses Kino gezeigt wird und nicht einfache Unterhaltung zur Sättigung der Konsumlust.

## Hart, aber nicht herzlich

Anspruchsvoll ist die Serie tatsächlich. Erstens sind es viele Personen. Es gibt zwar Hauptfiguren, doch alle Figuren sind wichtig. Zweitens sind diese allesamt höchst zwiespältig. Denn wichtiger als die Personen sind die Mechanismen, die auf die Figuren wirken, die sie nötigen zu handeln, wie sie handeln. Es ist der hart durchgezogene soziale Realismus, der sich auch in der derben Sprache und dem zotigen Humor der Beamten widerspiegelt, der in den Bann zieht und die Serie zu einer «linken» Serie macht. Sie porträtiert die Arbeitswelt ihrer Figuren, sie nimmt sich Zeit dafür, gewährt Einblick. Sie katapultiert uns in eine Welt, von derer Existenz wir zwar wissen, die wir aber nicht kennen, deren Verhaltensregeln wir nicht verstehen und die uns deshalb immer wieder verdutzt.

Am absurdesten ist das Polizeicorps, das der Autor als «disfunktionale Institution» bezeichnet. Der Apparat ist ein Schlachtfeld der Intrigen. Baltimore weist eine der höchsten Mordraten auf und hat seinen BewohnerInnen kaum eine Perspektive zu bieten. Das macht die Polizei zum Spielball politischer Agitation. Dauernd wird von irgendeinem Politiker irgendwas versprochen, das dann «eingelöst» werden muss. Dass die Polizei jener Arbeit nachgehen würde, die wir aus anderen Serien kennen, ist deshalb höchst aussergewöhnlich. Sie spezialisiert sich ganz im Gegenteil darauf, kleine Fische, die problemlos eingebuchtet werden können, von der Strasse zu holen. Solches be-



**Bunk und McNulty: Die Ermittler der Mordkommission stehen meistens ratlos vor trostlosen Tatsachen.**

fördert dann die statistische Kurve nach oben und mit ihr einen bestimmten Chef. Der Autor bezeichnet das als «statistische Suggestion des Erfolgs». Nur wer nicht kämpft, kann nicht verlieren, erklärt uns die Serie in expliziter Umkehrung der bekannten Aussage, dass nur gewinnen kann, wer kämpft.

Dem Polizeiapparat gegenüber steht der höchst funktionale Apparat der Drogendealer. Letztere betreiben ihr Gewerbe durchaus clever, aber natürlich ohne Rücksicht auf Verluste. Die jungen «Hoppers» können anrühren: Jugendliche, die morgens aufstehen, ihre kleinen Geschwister füttern und dann zur Schule bringen und später in der Siedlung die Kundschaft bedienen. Sie strahlen menschliche Wärme aus. Aber auch die süßen «Hoppers» schlagen den Junkie rucklos zusammen, wenn er den Kick nicht bezahlen kann, und sie töten kaltblütig, wenn ein Kumpel die Regeln verletzt hat. Wer dazu gehört, befolgt die Befehle, oder er ist draussen, dies gilt bei den Bullen wie bei den Dealern.

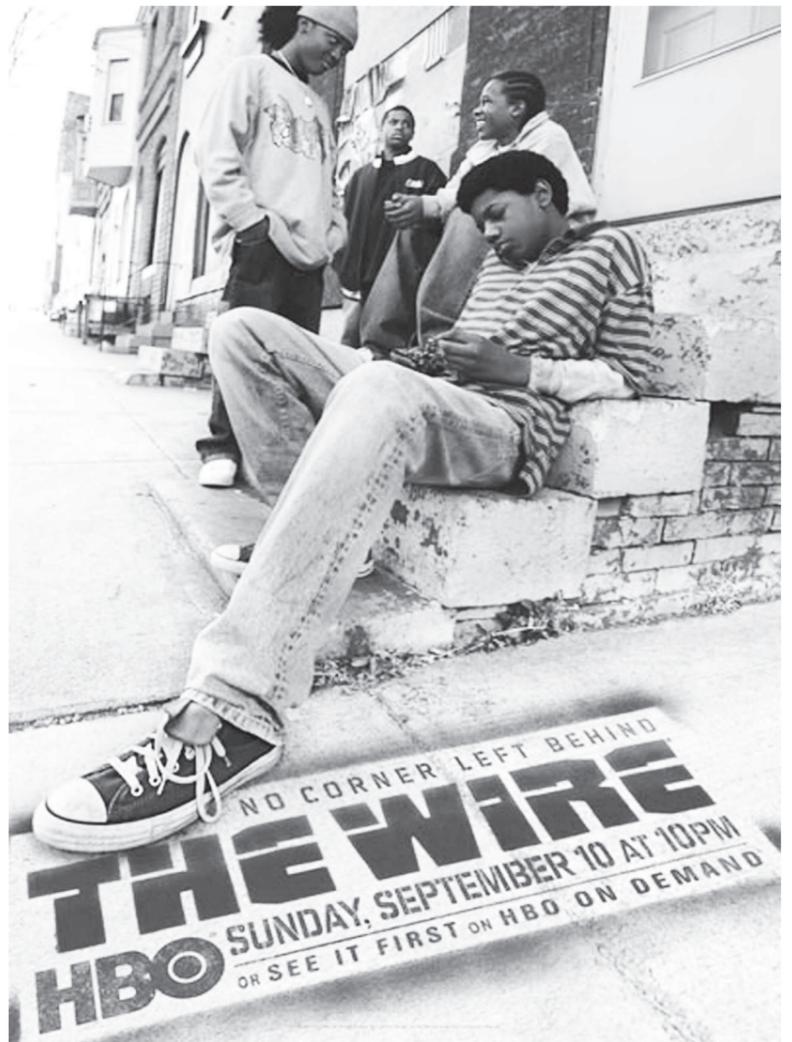
Die Serie setzt bei einer Erschütterung im Polizeiapparat ein. Durch politischen Druck eines Richters wird eine Sonderkommission erwirkt, die niemand haben will und von der niemand Teil sein will. Sie hat die Aufgabe, den Ring um den Drogenbaron Avon Barksdale zu sprengen. Theoretisch, praktisch hofft der gesamte Polizeiapparat darauf, dass sie schnell floppt, damit wieder zum eingespielten Alltag zurückgekehrt werden kann. Und damit endet die Staffel dann auch tatsächlich. Jede Staffel hat einen Fokus, meistens spielt sie im Ghetto der Schwarzen. Doch die zweite Staffel widmet sich der weissen ArbeiterInnenklasse. Der Hafen soll an Immobilienspekulanten verschachert und die Gewerkschaft zerschlagen werden. In der dritten Staffel wird wieder der Drogenkrieg thematisiert, in der vierten geht es um das Schulsystem und in der fünften um die Medien. Mit jeder Staffel nähert sich die Serie etwas mehr den Zirkeln der Macht. In jeder Staffel findet eine Kollision zwischen den Apparaten statt und jedesmal endet diese im Desaster. Das ist, was die Serie zum herausragenden Werk macht. Der personell zwar meist abwesende, aber durch Sachzwänge allgegenwärtige Kapitalismus, beweist Folge für Folge seine Untauglichkeit. Die Eigenlogik des Kapitalismus ist weder gut noch böse, aber definitiv lebensfeindlich.

## Kein Trost, nirgends

Das verbindende Element über die fünf Staffeln hinweg ist die Polizei. Tatsächlich und traurigerweise ist sie

es, die in ständigem Kontakt zu den Unterklassen steht. Die beiden Drehbuchautoren kennen sich in Polizeiarbeit aus. Der eine, David Simons, hat jahrelang als Journalist in Baltimore gearbeitet und darüber berichtet. Der andere, Ed Burns, war ein pensionierter Polizist, inzwischen ist er gestorben. Sie hatten die Ambition, eine Serie zu machen, die die amerikanische Gesellschaft porträtiert, die Misstände aufzeigt, aber nicht mit dem Mahnfinger auf den «dekadenten Pöbel» zeigt, sondern schonungslos darlegt, was abläuft. Und wenn doch auf Schuldige gezeigt wird, dann sicher nicht auf die kleinen Fische. Anklagend ist die Serie deshalb gegenüber jenen, die höchst selten zu sehen sind, weil sie für die Betroffenen unfassbar sind. Die wirklich Mächtigen kennt man im Ghetto nur vom Fernseher. Von plakativen Schlussfolgerungen lassen die Autoren dennoch die Finger, das Denken überlassen sie den ZuschauerInnen. Doch ist klar, dass sich die Serie positioniert und etwas bewirken will. Im ersten Kommentar sagte der Autor deshalb auch: «Es scheint

es, die in ständigem Kontakt zu den Unterklassen steht. Die beiden Drehbuchautoren kennen sich in Polizeiarbeit aus. Der eine, David Simons, hat jahrelang als Journalist in Baltimore gearbeitet und darüber berichtet. Der andere, Ed Burns, war ein pensionierter Polizist, inzwischen ist er gestorben. Sie hatten die Ambition, eine Serie zu machen, die die amerikanische Gesellschaft porträtiert, die Misstände aufzeigt, aber nicht mit dem Mahnfinger auf den «dekadenten Pöbel» zeigt, sondern schonungslos darlegt, was abläuft. Und wenn doch auf Schuldige gezeigt wird, dann sicher nicht auf die kleinen Fische. Anklagend ist die Serie deshalb gegenüber jenen, die höchst selten zu sehen sind, weil sie für die Betroffenen unfassbar sind. Die wirklich Mächtigen kennt man im Ghetto nur vom Fernseher. Von plakativen Schlussfolgerungen lassen die Autoren dennoch die Finger, das Denken überlassen sie den ZuschauerInnen. Doch ist klar, dass sich die Serie positioniert und etwas bewirken will. Im ersten Kommentar sagte der Autor deshalb auch: «Es scheint



**Die vierte Staffel widmet sich der Schule**

eine Polizeiserie zu sein. Blaulicht und so. Aber wir haben versucht, etwas in der Polizeiserie zu verstecken. Diese Serie dreht sich in Wahrheit um die amerikanische Stadt und darum, wie wir zusammenleben.» Und wenig später vergleicht er die amerikanische Stadt mit Bagdad. Wo sie hinkommt, die US-Politik, da sorgt sie für Elend, und die Menschen müssen schauen, wie sie über die Runden kommen. Das ist Amerika!

<sup>1</sup> Alle Verweise aus dem Bonus-Material der DVDs.

**aufbau buchvertrieb**  
**Anlaufstelle**  
 lesen • informieren • diskutieren  
 Antifaschismus  
 Frauenbiografien  
 proletarische Romane  
 Internationalismus  
 Ellibände  
 Zeitungen  
 Neuarbeitungen  
 kommunistische Klassiker  
 Broschüren, Flugblätter  
 Kanonengasse 35, 8004 Zürich (im Hinterhaus, Eisentreppe)

INELIE ÖFFNUNGSZEITEN!  
 Samstag 11.00 - 16.00  
 historisches Bewusstsein geht von der Veränderung der Gegenwart aus

www.aufbau.org

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, Rickenbachstrasse 56, 6430 Schwyz / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.